

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinenpreis aus der vgl. Literaturheft Beben, Wissen, Kunst
und der Frau- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Zum Postbezirk siehe M. 275, unter Kreisland für Deutschland und
Ostpreußen-Lingen R. 5. Erscheint tagt. mit Zusatznahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3466.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzte Zeitung mit 20 Pf. berechnet, bei decimaliger
Wiederholung wird Rabatt erhoben. Vereinsanzeigen 10 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41.

Dresden, Donnerstag den 20. Februar 1913.

24. Jahrg.

Das Mannheimer Schiedsurteil, durch das organisierte Arbeiters zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, ist vom Reichsgericht aufgehoben worden.

Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratie verabschiedete einen Protest gegen den deutsch-französischen Rüstungs-

schluss.

Die rumänisch-bulgariische Streitfrage soll den Plänen zur Entscheidung unterbreitet werden.

Auf das Haus des englischen Schatzkanzlers Lloyd George soll ein Bombenanschlag verübt werden.

Um die Jesuiten.

Im Jahre 1904 hat der Reichstag einen Antrag der Zentrumspartei, der die Aufhebung des Gesetzes des Jesuitengesetzes von 1872 forderte, zum Beschluss erhaben. Seitdem hat das Zentrum in der anschließenden Reihe der Jahre es nicht für erforderlich gehalten, den Kampf gegen dieses Ausnahmegesetz zu erneuern. Auch in den Jahren, da das Zentrum auf der Höhe seines Einflusses stand, hat es diese seine angekündigte Haltung gleich zurückgestellt. Wenn es aber gerade jetzt den alten Kampf wieder aufnimmt, so ist es von unzweckmäßigen Zweifeln, daß es damit besondere parteipolitische Zwecke verfolgt. Das Zentrum stellt sich im heutigen Reichstag höchst ungernlich; es bietet alle seine Schläge aus, es will die schon so verworrenen politischen Situation vollenden, um im trüben Klerikale Fische zu jagen. Es erwidert sich die Gerüchte, daß das Zentrum nicht bloß auf die Stütze des Reichskanzlers, sondern auch auf die Reichstagsauflösung hinumverteilt, in der Erwartung, dann wieder mit dem Konservativen die Macht zu erlangen. Aus der Empfindung, daß auch der Konservatismus nur ein Glied in der Kette der katholischen Bündnispartien des Zentrums sei, erklärt sich die Spannung, mit der man vielfach dem Verlauf der Reichstagsberatung über die Jesuitengesetze entgegenseht. Der Ansturm des Publikums auf die Tribünen des Reichstags war ein außerordentlich großer, viele muhten umschauen, ohne Eintritt zu finden.

Der Verlauf der Debatte selbst ließ allerdings fast nichts davon bemerken, daß es sich um eine Staatsaktion handle. Die Regierungsbänke hoben sich in ihrer Leere von den gebliebenen Tribünen auffällig ab, der Reichskanzler und sein Gefolge hielten sich, wie stets bei Initiativvorträgen aus dem Hause, fern von der Beratung. Und die Reden sowohl des Zentrums wie der liberalen Jesuitenkämpfer befanden sich von Leidenschaft und Erregung. Für den schärferen Beobachter zeigte sich deutlich genug, daß diese ganze Jesuitenrede beide Teile, für das Zentrum wie für die Liberalen und Konservativen, nichts ist als ein Spektakel, gut genug, um gewisse Volkskreise zu blenden und zu belämmern. Dem Zentrum dient die Fortdauer des Ausnahmegesetzes, um zu prächtiger Stunde die katholischen Wähler gegen die Unterwerfung der Kirche aufzutreten und das Zentrum als Verteidiger des Glaubens und der Gewissensfreiheit vorzuspiegeln. Den Konservativen und noch mehr den Liberalen dient dasselbe Ausnahmegesetz, um sich als tapfere Streiter wider Jesuiten und Klerikalismus aufzuspielen.

Die türige Verbindungstrebe, die Dr. Spahn für den Zentrumsvorstand hielt, war noch matter als die meisten Anhänger dieses Zentrumsführers. Er betonte, daß die Jesuiten keineswegs den Vorwurf verdiennten, Söder des religiösen Friedens zu sein, und daß die Fernhaltung der Jesuiten von der ganzen katholischen Bevölkerung als ein unerträgliches Ausnahmegesetz empfunden werde. Die sozialdemokratische Stellung zum Jesuitengesetz legte unser Parteigenosse Hoffmann in Kaiserlautern in Ausführungen dar, die gute Sachkenntnis zeigten und sich durch manche eigenartige und den Segen schwer treffende Bemerkung auszeichneten. Auf den Zentrumstreichen kamen zunächst unserm Redner mehrmals Beifall zu, als er die Lärche und Ungerechtigkeit auch dieses Ausnahmegesetzes kennzeichnete. Aber die Zentrumsteile gaben bald in betretene Verlegenheit, als der Redner in sehr ehrlichen Worten das heuchlerische Widerspruchsvolle der Zentrumspolitik an den Pranger stellte.

Nach der auch in der Form sehr reizvollen und vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit gehörten Rede Hoffmann fiel der Leipziger Nationalliberal Dr. Juncz, ganz lässig ab. Dieser sonst gewiß nicht ungewöhnliche Mann wußte nur in einigen dürfigen Worten das alte Lied von der Erfülltheit der Jesuiten und von den Unsprüchen der Kirche zu summieren. Und nur am Schlus gab es einen plötzlichen Kompetenzschlag: die Regierungen sollen recht bald Ja oder Nein zu diesem Antrag sagen und — jähne! — die große nationale Frage der Vermehrung der Wehrkraft dem Reichstag vorlegen!

Dieses so größte Schlußwort der sonst so armeligen Rede des Dr. Juncz offenbart die Stimmungen und Hoffnungen, denen sich die Nationalliberalen wieder hinzugeben begonnen. Sie und ihre allgemeinen Erfahrungen wichtig gewesen, sich vor den

schlauen Zentrumsführern aufs Blattes führen zu lassen. Sie bilden sich ein, mit Bethmann-Hollweg eine glänzende Wahlkampf unter der Parole: für Militärvermehrung und gegen die Jesuiten! schlagen zu können. Es kommt zu diesen Hoffnungen, daß die Nationalliberalen die zunächst von ihnen gezeigte Bereitschaft wieder aufgegeben haben, der Aufhebung des Jesuitengesetzes zugestimmen, falls zugleich der § 166 des Strafgesetzes, soweit er den Ordensgefehlern einen besonderen Schutz gegen Bekleidungen gibt, aufgehoben werden!

Am Hämmerlichkeit übertrifft wurden die Nationalliberalen noch von den Fortschrittsparteien. Diese haben sich nun in ihrer großen Mehrheit auch zu Befürwortern des Jesuitengesetzes gemacht. Sie bewerstelligen diesen elenden Umstehen, indem sie erklären, dieses Ausnahmegesetz sei — kein Ausnahmegesetz, es handele sich nur um eine individualisierende Behandlung der religiösen Ordensgesellschaften. Nur einige wenige von der fortgeschrittenen Fraktion stimmen für die Aufhebung des Gesetzes, so v. Payer, Braband, Kerschensheimer.

Der Zentrumsvorstand konnte, da die meisten Parteien die rednerischen Unfosten fast garz schenken und sich auf kurze Erklärungen beschränken, in der einen Sitzung in allen drei Lefungen erledigt werden. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes wurde mit großer Mehrheit, die sich hauptsächlich aus Zentrum und Sozialdemokratie zusammensetzte, beschlossen.

Es ist zweitelloß, daß die Regierungen dem Beschluss des Reichstags nicht nachkommen werden. Die Regierungen wissen ja, daß dieser Jesuitenpopanz noch immer ein gar brauchbares politisches Gauklermittel ist sowohl für die Jesuitenführer vom Zentrum wie für die Jesuitenführer auf der andern Seite. Die deutsche Arbeiterklasse aber weiß, was sie von diesem Komödienspiel all jener Parteien zu halten hat. Sie kennt ihre wahren Interessen. Sie wird auch auf dem Posten sein, falls es wirklich gelten wird, eine Reichstagswahlkampf zu schlagen, in der Jesuiten und Soldaten Scheingesetze gegen einander ausspielen sollen!

Der Rüstungstaumel.

Die Ankündigung der großen deutschen Militärvorlage wird ganz Europa in eine neue Phase des allgemeinen durchbare Rüstungsschreitens stürzen. Die deutschen Wehrvereiner können sich das kulturelle Verdienst beilegen, die Völker Europas einem Wettkampf der Rüstungen zu überlassen, der alle militärische Tollheit der vergangenen Jahre noch weit übertröffen.

Endgültig war eine leise Hoffnung aufgetaucht, daß die internationale Situation sich günstiger gestalten könnte. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow gab in der Budgetkommission des Reichstages Mitteilung über die freundliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und England, und Herr v. Tirpitz sprach von der Annahmebarkeit des gegenwärtig vorhandenen Verhältnisses im Flottenstand der beiden Länder. Das jetzt herausgegebene Protokoll der Budgetkommission, das jene zuvor nur in knapper Form bekannt gegebenen Erklärungen der beiden Staatssekretäre ausführlicher wiederibt, ist sogar geeignet, den günstigen Eindruck zu verstärken. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat danach nicht nur von "offenen, von vollem Vertrauen getragenen" Ausküssen zwischen London und uns" während aller Phasen der Balkankrisis gesprochen, sondern auch die "gleichen realen Interessen" bestont, die wir vielfach mit England haben, und er hat die Hoffnung ausgedrückt, daß "wie auch weiter mit England arbeiten und vielleicht eintreten können". Alle Hoffnungen, die aus diesen Mitteilungen erwachsen durften, werden nun in ihrem Reime zerstört durch die schroffe Zurückweisung aller Verhältnisse, die durch die kolossal deutschen Rüstungspläne bewirkt wird. Die Möglichkeit einer internationalen Vereinigung wird völlig zurückgedrängt, und neue Panik besetzt die Nationen.

Ist es ein Wunder, daß das französische Volk sich durch die neue deutsche Militärvorlage in höchstem Maße bedroht fühlt? Vergebens mögen unsere Militärs sagen, die neue Heeresvermehrung sei nicht gegen Frankreich gerichtet, sondern durch die Veränderung der Verhältnisse auf dem Balkan, durch die zunehmende Macht des Slaventums verursacht. Frankreich sagt sich, daß die schon bisher vorhandene Überlegenheit der deutschen Heeresmacht durch die vollständige Überanziehung aller Wehrfähigen noch ungeheuer gesteigert werden wird. Die französische Presse ist in größte Erregung geraten. Sie fordert ungestüm Gegenmaßregeln. Sie erklärt, Frankreich müsse sich bei der Mitteilung der neuen militärischen Anstrengungen Deutschlands bis in sein Herz bedroht. Sie glaubt, daß die liebenswürdigen Worte, die von deutscher Seite jetzt an England gerichtet werden, nur ein falsches Manöver bedeuten. Sie befürchtet einen durchsetzbaren Angriff Deutschlands und fragt erstaunt: Sollen wir noch einmal zwei Kriege verlieren?

Die deutsche Militärvorlage von 1912 sollte nach den Erklärungen des preußischen Kriegsministers die volle Sicherung für Deutschland bringen. In der Tat kommt das französische Heer auch schon zuerst, sich längst nicht mit der deutschen Heeresstärke messen. Die Kosten des französischen

Heeresstärke könnten nur durch Einziehung vieler ungünstig wehrfähiger Soldaten erreicht werden und zum Tell standen sie nur auf dem Papier. Es ist klar, daß ein Volk von 40 Millionen nicht mit einem Volke von mehr als 66 Millionen an Soldatenzahl mithinkommen kann. Obwohl also Frankreich längst weit unterlegen ist, nun dennoch die gewaltige Vermehrung des deutschen Heeresstandes!

In Frankreich geht man daran, übermenschliches aufzubieten, um dennoch den deutschen Wehrvollungen ein Gegengewicht zu bieten. Man ruft danach, daß die Handwerker- und Verwaltungsarbeiten, die bisher von Soldaten besorgt wurden, an bürgerliche Leute übertragen werden, damit auf diese Weise eine gewisse Zahl Soldaten mehr in die Truppenstelle eingestellt werden kann. Man denkt an stärkere Restrukturierung unter den eingeborenen Nordafrikas. Und vor allem, man will die zweijährige Dienstzeit wieder durch die dreijährige Dienstzeit ersetzen. Nicht als ob dieses Opfer aus Gründen der soldatischen Ausbildung erforderlich wäre, sondern lediglich, um für die Mobilisierung eine so viel größere Macht sofort bereit zu haben. Die französische Regierung ist ohne weiteres bereit, solchen Forderungen wenigstens zum Teil Rechnung zu tragen. Mindestens soll für die Artillerie und Kavallerie die dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt werden. Große Heereskredite — man spricht von 520 Millionen für die nächsten Jahre — sollen bemüht werden für Verbesserung und Vermehrung des Artilleriematerials, der Munition und anderer Dinge.

Gleichzeitig auf die deutsche Militärvorlage, ehe sie noch in ihrem ganzen Umfang bekannt ist, antwortet ein Echo des Schrems und des Gorres. Dazin bringt es das militärische Wehrvollzen, daß nun sogar der barbarische Rückmarsch in der Wehrvollzeit in Aussicht steht: statt Verkürzung der Dienstzeit Verlängerung auf drei Jahre! Deutschland will jetzt dem Militarismus den Gefallen erweisen, daß auch der letzte waffenfähige Mann auf zwei Jahre in die Kaserne gestellt wird — wie lange noch und man wird auch bei uns, unter Berufung auf irgendwelche internationale Veränderungen und angebliche Gefahren, erklären: zurück zur dreijährigen Dienstzeit! Und zugleich werden immer fabelhafter Milliarden für das Rüstungsspiel verschwendet. Angesichts dieses ungeheurelichen Treibens muß die Zivilisation das Haupt verhüllen.

Die Arbeiter und alle kulturell Denkenden weisen die Verantwortung für die neue furchtbare Ära der Rüstungen weit von sich. Die Sozialdemokratie wird dem neuen Unheil, das ganz Europa durchdringt befähigt, mit aller Kraft und Entschlossenheit entgegenstreiten. Sie fordert in diesen entscheidenden Tagen mehr denn je, daß Deutschland seine Beziehungen zu England rechtlich und ernsthaft verbessert. Das würde jede denkbare Gewähr gegen die von den chauvinistischen Weltpolitikern vorgegaukelte "Kriegerische Gefahr" herabführen. Dann wäre es unnötig, neue Soldatenmassen einzurichten und neue Milliarden aus der Völker Arbeit zu pressen!

Das Rüstungsschock in Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 19. Februar.

Die Ankündigung der neuen deutschen Rüstungsvorlagen, die den Mannschaftsbestand der deutschen Armee auf einen Schlag gewaltig steigern sollen, hat in Frankreich eine sehr große Aufregung hervorgerufen. In langen Depeschen aus Berlin und in fröhlichen Nachrichten werden die Folgen der kommenden Rüstung besprochen, und ausnahmslos wird der Ansicht Ausland verliehen, daß sie sich nur gegen Frankreich richten kann. Den chauvinistischen Politikern hat das Handwerk sehr leicht gemacht: sie können direkt auf alle Phasen verglichen und den brutalen Himmel auf die deutschen Rüstungen dazu benutzt, um die französische Regierung aufzuwerfen. "Wir sind im fröhlichen Augenblick unserer Geschichte seit 1870 angelangt", schreibt die zahlreiche Aktion in ihrer gestiegenen Ruhm, und in ihrer heutigen Lust ihr Direktor Bérenger aus: "französisches Volk, nicht in zehn Jahren bedroht dich die Gefahr. Nicht in fünf Jahren. Nicht in drei Jahren. Selbst nicht in zwei Jahren. Sonder in einem Jahr. Ja, in kommenden Herbst, o französisches Volk, wirks dich dem deutschen Volke gegenüber befinden im Verhältnis von drei bewaffneten Männer gegen einen. Hast du diese Gefahr wohl überdacht, die Größe, die du während deiner ganzen Geschichte hast? ... Wenn auch die übrigen europäischen Völker diesen melodramatischen Ton nicht anwenden, so bricht doch ihre Sorge um die Selbständigkeit, um die nationale Unabhängigkeit Frankreichs unberührt durch.

Die französische Regierung hat übrigens nicht lange auf sich warten lassen. Der Temps kommt eine längere Rolle veröffentlichter Charakter unverkennbar war. Darin wird ein gewaltiges neues Militärprogramm angekündigt, das angeblich schon seit drei Wochen besteht. d. h. seitdem man Kenntnis hatte von den bevorstehenden deutschen Rüstungen. Dem Temps folgt bekräftigt die Regierung von der Kammer sofort für dringende Reformen etwa 90 Millionen Franc zu fordern. Ein zweiter Schritt, der über eine halbe Milliarde beitragen würde, soll außerdem noch vor Ostern verlangt werden zur Durchführung einer Erweiterung von Reformen in der Bewaffnung. Außerdem sei der Kriegsminister beansprucht worden, dem Ministerium nächste Woche einen Plan vorzulegen zu der als notwendig erachteten Vergleichung des Mannschaftsbestandes der Armee. Zum Schluß sprach der Temps die Vermutung aus, daß man im Kriegsministerium sich schon zur Wiederaufstellung der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit bekannt habe. Von diesen Werbungen ist bisher nur die letzte bestätigt worden, und zwar durch den Ministerpräsidenten Briand, der auf

nach den Journalisten, die ihm darüber befragten, erklärte, daß die dreijährige Dienstzeit noch gar nicht ertragen werden sei. Jedenfalls ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß das Vor-gehen der deutschen Regierung eine starke Auf-lösung in Frankreich sicher macht. In der gestrigen Kammerzusage zeigte sich die Stimmung der Abgeordneten, die Deutschlands Blüme als besonders für Frankreich gefährlich empfanden: der Generalsekretär des Budgets, Chérèze, der zu den besten und friedensfreundlichsten Demokraten des Parlaments gehört, bestonte, daß angeblich der deutschen Aktionen Frankreich nicht zurückbleiben dürfe. Mit Ausnahme der Sozialisten standen ihm alle Parteien der Kammer lebhaft zu. Bezeichnend ist es übrigens, daß auch Chérèze versuchte, die deutschen Sozialisten als gute Patrioten hinzuführen im Gegensatz zu den französischen. Genosse Albert Thomas gab ihm die nötige Antwort, indem er die irreführende Haftigkeit gewisser Artikel des französischen Universitätsprofessors André über den Charakter des deutschen Sozialismus herholte und die bürgerlichen Abgeordneten aufscheiten, ihm auch nur einen einzigen deut-schen sozialistischen Abgeordneten zu nennen, der je einem Milliarden-Kredit zugestimmt. Daraus blieben die Herren natürlich die Kaltwasser-schuldig. — In der heutigen Nummer der humanistisch verständliche de-fame Sozialistische Kampfmann Rossel einen Artikel, in dem er schreibt: „Das französische und das deutsche Volk, von denen das eine wie das andere so sehr friedensfreudlich ist, bezahlen in Wohl-lichkeit die Praktizitäten und Schwächen ihrer Regierungen, die dummen Aufzeichnungen der chauvinistischen Parteien zu teuer.“ Der Augenblick sei für Frankreich gekommen, zwischen den prätorianischen Armeen der Vergangenheit, die in Waterloo und Sedan ihre Stabos be-fand und der Armeen der Zukunft, der Dassaults, zu wählen.

Unsere französische Parteileitung verzerrt die ehrliche Debatte, wortet sie gegen die angekündigte neue französische Debatte vorläufig protestiert:

„Wir wissen, daß unsere deutschen Genossen alles ausbieten werden, um den chauvinistischen Wahnsinn ihrer Staatsleute ein-zu-schränken, und sie werden, was sie bisher stets getan haben, ihrer Gesinnung treu bleiben nach der Devise: für den Militarismus keinen Mann und keinen Waffen! An uns französischen Sozialisten ist es unter diesen trübsamen Verhältnissen unsere Pflicht zu tun. Unsere Vertreter in der Kammer werden sich mit allen Kräften bemühen, daß zu dem jährlichen Budget von 1500 Millio-nen Franc Mehrausgaben im Betrage von weiteren 500 Millionen hinzukommen; wir müssen aber auch der Wiederaufstellung der drei-jährigen Dienstzeit entschlossen entgegenstehen.“

Der Eindruck in England.

London, 18. Februar
Kurz später sind die Kommentare der englischen Presse über die Pariser Meldungen, daß die französische Regierung angesehen der Vermehrung des Friedensbestandes des deutschen Heeres eben-falls an einer Erhöhung der Rüstungen denkt. Doch wird ja durchweg zugegeben, daß die Lage alles anderes, nur nicht beruhend ist. Mit einer gewissen verhaltener Nervosität be-krachtet man hier nicht nur die Spannung zwischen Österreich und Deutschland, sondern auch das möglicherweise einsetzende Welt-krieg zwischen Deutschland und Frankreich. Der Daily Express stellt fest, den Franzosen lämen die deutschen Rüstungen als ganz außer allem Verhältnis stehend dort, wenn dabei nur die Wiederaufstellung Deutschlands in Frage steht. Man stelle sich in Frankreich, ob Deutschland Ereignisse hinausziehen. Die über Fabriken und Hände hinausgehenden, Euphorien-Erläuterungen hätten in Frankreich nur die Verlegenheit vermehrt. Das betrachte man in Frankreich nur als ein deutsches Wunder. Verunsicherung werde auch in Belgien gefühlt, durch daß die deutsche Armeemarsch würde, wenn unglücklicherweise zwischen Deutschland und Frankreich Krieg ausbrechen sollte. Die Position Belgien als eines neutralen Staates sei auch Gegenstand großer Sorge für andere Staaten ge-worden. Der Daily Graphik findet die Aussichten schwärzer als seit langer Zeit. Die deutschen Rüstungen müßten Frankreich mit schwerster Unruhe betrachten. Eine solche Neben-gemeinde, wie sie die neuen deutschen Rüstungen schaffen, verlangt energische und schnelle Abhilfe seitens Frankreichs.

Deutsches Reich.

Opferbereit — bis zum Portemonnaie.

Es ist immer wieder dieselbe Geschichte. Ein patriotischer Begeisterung nimmt es leider mit unsren Junfern auf, aber wenn es zum Zahlen kommt, halten sie die Taschen zu. In der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat am Dienstag der preußische Herrenhüter Graf Metzsch im Vor-hinein alles bewilligt, was die Regierung an neuen Soldaten und Kanonen nur immer verlangen kann. Aber, so fügte der vorsichtige Name sofort hinzu, um das Land stark zu machen, bedürfe es einer besonderen „Pflege des wirtschaftlichen Lebens“ und er wirft die Frage auf: „Befinden wir uns zur Zeit auf dem richtigen Wege dazu?“ Rein, verteidigte der edle Graf, denn:

Was zunächst den ländlichen Grundbesitz anbelangt, so brachte die Gesetzgebung der letzten Jahre ihm eine Menge von Neu-befreiungen und von siebzehn Neuerungen.

Als solche werden dann ausgezählt: direkte Steuern, Auf-hebung des Brannweinförtingens, Reichskonsumsteuer und Aufbau des sozialen Gesetzgebungs. Diese Lasten müssen also den preußischen Herrenhäusern abgenommen werden, wenn man auf den richtigen Weg kommen will.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer ist die nämliche feudale Gesellschaft, die vor vier Jahren den greisen Professor Adolf Wagner auspufft und niederküßt, als er die Erbschaftsteuervorlage der Regierung zu verteidigen wagte.

Noch eine Reichstagswahl.

Bei der Stichwahl im Januar 1912 erhielten im Wahlkreis Lüdenscheid-Haush-Berg 16492 der freikonservative Mittlergründer v. Oerter 16942 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat Oswald Berlin 16655 Stimmen. Gegen diese Wahl wurde Protest eingereicht, der sich in der Hauptrede darauf stützte, daß 412 wahlberechtigte Patienten der Heilanstalt Peiting nicht in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Diese Wähler hatten durch die Betriebsverwaltung ihre Anmeldung beim Magistrat in Peiting bewirkt und zugleich die Aufnahme in die Wählerliste beantragt. Der Magistrat verweigerte beides, weil der zeitweilige Aufenthalt in einer Heilanstalt keinen Wohnsitz begründe. Auf eine Beschwerde an den Landrat und an den Regierungspräsidenten erfolgte ein abweisender Be-scheid. Und das, trotzdem die Wahlprüfungscommission sowohl in der Session 1893/94 und 1907/11 entschieden hatte, daß die Anfassen der Heilanstalt in die Wählerliste aufzunehmen sind. Der Regierungspräsident in Potsdam erklärte einst, der ihm überreichte Bericht der Wahlprüfungscommission könne von ihm nicht als eine geeignete Unterlage erachtet werden. Die Wahlprüfungscommission erklärte mit 12 gegen 2 Stimmen, daß die Anfassen der Heilanstalt Peiting in die Wählerliste aufgenommen werden müssen. Die Kommission beschloß weiter, dem unterlegenen Kandidaten die 412 Stimmen

auszugöhnen; damit hatte der Abg. v. Oerter die Mehrheit verloren. Vielleicht wird der Herr Regierungspräsident in Potsdam jetzt doch endlich zu der Ansicht gelangen, daß die Beschlüsse der Wahlprüfungscommission auch für ihn nicht ganz unbeachtlich sein dürfen. Einstimmig beschloß die Kommission, das Mandat des Abg. v. Oerter für ungültig zu erklären.

Zur Kenntzeichnung der Art, wie in einzelnen Orten dieses weit umstrittenen Kreises das Wahlgeld stellvertretend vollzogen wurde, nur einige Beispiele aus dem Protest. Im Linke bei Bruck (Mark) spielte der Wahlvorstand während der Wahlzeit Martin. In Neuendorf diente ein — Eimer als Wahlurne, die konservativen Wahlzettel lagen im „Wahlloch“! In Klein-Alien waren die Stimmzettel gefächerichtet, bei 18 von 27 fehlte eine Ecke. Der Hörsier in Grabow hielt im Wahllokal Reden und spazierte Vier und Schnaps. In Buchholz diente eine Kiste als Wahlurne, und weil der Wahlvorstand Martin spielte, bediente ein Wähler sich selbst. d. h. er warf seinen Stetzel selbst in die Kiste! All diese Dinge wurden für erheblich erachtet; eine Beweisaufnahme erübrigte sich aber, da am Resultat selbst nichts geändert worden wäre.

Der deutsche Handelsstag und die Rüstungen.

Der deutsche Handelsstag hielt am Mittwoch in Berlin eine Vollversammlung ab. Alle Reichshäder waren vertreten. Handelsminister Dr. Sydow hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß die Entwicklung von Handel und Handel zur Steigerung des Wohlstands im Lande beigetragen habe, so daß „Deutschland in der Lage ist, die schwere Rüstung zu tragen, die ihm seine geographische Lage aufzeigt und die es braucht, um die Aufgaben der nationalen Kultur zu erfüllen, um seine politische Selbständigkeit zu wahren und um in der Welt den Einfluss zu üben, der geistigen Bedeutung des deutschen Volkes entspricht.“ Präsident Dr. Kaempff antwortete: „Handel und Industrie sind sich stets bewußt gewesen, daß sie Opfer für die Allgemeinheit zu bringen haben, und sie werden, dessen kann die Regierung sicher sein, diese Opfer auch weiterhin bringen.“ Wenn's ans Zahln geht, Klingt's natürlich anders! Dann wurde in die Tagesordnung eingetragen und zur Verhandlung der Frage des Verkehrs mit Leichtigkeit folgende Resolution angenommen: „Der deutsche Handelsstag ist grundsätzlich der Schaffung von Staatsmonopolen, sofern nicht zwingende Gründe im öffentlichen Interesse dafür vorliegen, abgeneigt. Er erachtet indessen in der Entwicklung der Reichsvertrieb unter der Herrschaft der Standard Oil Company genommen hat, eine Gefahr, der das Reich entgegenzustellen sollte. Der vom Bundesrat beschlossene und dem Reichstag am 18. November 1912 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Lengsdorf kann nur dann als Grundlage dienen, wenn für die Betriebsgesellschaft die Gewährung einer ausreichenden Menge von Lengsdorf in guter Verfaßtheit zu mäßigen Preisen gewährleistet ist. Außerdem ist für eine angemessene Entlastung des Außenhandels und der Angestellten, für eine hinreichende Berücksichtigung des Kleinhandels und dafür zu sorgen, daß das Betreiben der damaligen Industrie nach Entwicklung eines einheimischen Raffinierungsgewerbes gefördert wird.“

Verteidigung des Kinderhandels.

Auf eine von einem Antisemiten an den Reichsgerichtsgerichtete kleine Anfrage ist von der Regierung nunmehr die folgende Antwort ertheilt worden:

„Es ist der Reichsleitung bekannt, daß in der Tagesschau und in Broschüren von Zeit zu Zeit Behauptungen über einen angeblich teilweise sogar mit Täuschung der Behörden betriebenen Kinderhandel aufgestellt werden. Erfundnungen bei den in Vertrag kommenden Bundesregierungen haben ergeben, daß solchen Fällen, soweit das Land in Frage kam und soweit es bei den verschiedentlich viele Jahre zurückliegenden angeblichen Vorfällen nach Lage der Sache irgend möglich war, genau nachgefordert ist. Nach den Ermittlungen der Behörden haben die Angaben sich entweder als aus höchst unzuverlässigen Informationen beruhend, als völlig unkontrollierbar oder als stark übertrieben herausgestellt. In den vereinzelten Fällen, in denen der Nachweis wirtschaftlicher Missstände, wenn auch nicht in dem behaupteten Umfang erbracht wurde, sind von den Behörden die erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden. Aussonderung ist auch die nötige Rücksicht am so genannten Adoptionszentralen zugewendet, die lediglich zum Zwecke des Kindervertrags die Vermittlung von Pflegestellen für uneheliche Kinder sowie den Nachweis solcher Personen, die elternlose und andere Kinder an Kindesstatt annehmen wollen, durch Urteile besorgen. Hierbei gelangen unter Umständen nicht einwandfreie Mittel zur Anwendung. Gegen bedenkliche Erscheinungen auf diesem Gebiete ist, soweit eine Handhabe zuwallt, verhältnismäßig milde. Die Richter schließen in sich gewissermaßen in sich einen Ausgleich. Wurde dem Ministerpräsidenten erwartet, die Beweise seiner korrupten Tätigkeit über sich ergehen zu lassen, so ermöglicht man dem Angeklagten die Verleumidung zur öffentlichen Ehrenbeleidigung.“

So sehr indes die Ungarn von ihren Gerichten in Prozessen mit politischem Einschlag das Wunderliche zu erleben gewohnt sind, macht doch diese schamlos-offene Parteikäufe und Dienstherzigkeit des Gerichts gegen den Ministerpräsidenten großes Aufsehen, das in der erregten Sprache der Presse widerhallt. Bedeutungsvoller noch ist, daß sich die führenden Richter der Opposition, die Grauen Andrássy, Upponyi und Bíró, gewisse Minister und Geheimräte des Königs, öffentlich gegen das Urteil erheben. In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sie aus, der Gerichtshof habe aus formellen Einwänden die Beweisführung abgelehnt, um dem Ministerpräsidenten eine Genugtuung zu verschaffen, aber die auch den öffentlichen Anstand berührende Frage könne mit der gewaltsamen Verhüllung des Tatverlaufs nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Lukacs habe vor der Ungarischen Bank einen 4 Millionen übersteigenden Betrag beim Abschluß verschiedener Geschäfte zwischen Staat und Bank zur Verfügung erhalten. Dieser Betrag sei von staatlichen Beamten quittiert, sei aber nie der Staatskasse zugeführt, nie mit den Staatsgelöben abgerechnet, sondern zur Deckung der Wahlkosten der Partei der nationalen Arbeit verwendet worden. Der Ministerpräsident habe seiner Partei illegitime materielle Vorteile zugewandt und infolgedessen den Staat bis zur Höhe dieser Summe geschädigt. Der Ministerpräsident erwiderte auf diesen Angriff in einem offenen Schreiben, worin er behauptet, den Gegnern handle es sich gar nicht um die Wahrheit, sie hielten ihn bloß moralisch zugrunde zu richten. „Deshalb kann ich Jones nicht bestreiten, den normalen Lauf der Rechtspflege in einer solchen Weise zu föhren, zu meinem größten Bedauern keine Hilfe leisten.“ Die Grauen hatten nämlich verlangt, daß er sie, die sich die Anklagen Delbs zu eigen gemacht, gleichfalls vor die Gerichtsbarkeiten rufe.

Für Lukacs könnte man eins ins Tressen führen: seine Vorgänger in der Macht haben es nicht viel anders gehalten. So wurden gegen Banffy 1888, gegen den Präsidenten des Koalitionskabinetts Peterle die gleichen Vorwürfe erhoben, und beide blieben ähnliche Prozeße. Bei Banffy handelte es sich um 2 Millionen, bei Lukacs sind die Wahlkosten bereits auf 4800000 gestiegen. Die allgemeine Preissteigerung der Lebensmittel hat auch die Regierung

Richts ist auch die Vereinbarung, wodurch ein Dritter an Stelle des Handlungsbefehls oder neben ihm Verpflichtungen übernimmt wegen eines Wettbewerbsverbots gegen den Handlungsbefehl. Überhaupt bleiben die Vorrichtungen des § 188 des G. G. über die Richtigkeit von Rechtsgefechten, die gegen die guten Sitten verstoßen.“

Der Abg. 1 ist nach den Anträgen unserer Genossen gestellt worden, nachdem die Liberalen einen zu ihrem Antrage gestellten Verbesserungsantrag unserer Genossen ablehnen; die Liberalen, auch Herr Marquart, stimmen gegen den Abg. 1. Die Genossen mit 8000 Mark wurde durch einen Entwurf unserer Genossen mit 12 gegen 9 Stimmen gestoppt; vorher war der Antrag, die Gebührgrenze auf 8000 M. festzulegen, mit 10:10 gefallen. Das Bureau bat die Abg. 1 zu erneben, was auch geschehen ist. Auch die Nationalliberalen und Konser-vativen auch gegen die 8000 M. gestimmt. Auch der vorherige Abg. 1 ist gegen 2 Stimmen verloren.“

In der Mittwochssitzung der Reichstagskommission wurde der Abg. 1 nach den Anträgen unserer Genossen angenommen. Zu Abg. 1 wurde ein sozialdemokratischer Zusatz mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Er gibt dem Angestellten das Recht, ohne Beslimmung einer Frist vom Verträge zurückzutreten, wenn der Betrieb mit einem Antrage Waldstein spricht der legte Abg. 1 nummeriert von „Ertrag befreiter Auslagen“. — Die Debatte dreht sich wesentlich um einen anderen Antrag unserer Genossen, der bestrebt ist, die an einem praktischen Fuße bedeutende Umgebung der Entlastungsfeststellung zu verhindern. Es wäre möglich, dem Angestellten die Entlastungsfeststellung durch allerlei spätere Verbesserungen in entsprechend bedingter Weise. Alle Redner begrüßen diese Anregung unserer Genossen. Nach längerer Diskussion erwies es sich als zweckmäßig, diese Frage in § 74d der Vorlage zu revidieren, der von der Ungnigkeit solcher Abreden handelt, durch die von den geschickten Vorrichtungen zum Nachteil des Handlungsbefehls abgetrieben wird. Dieser Abg. 1 wurde nach Abstimmung mit unseren Genossen und Dr. Waldstein formuliert Zusatz angenommen, der dem Zweck unseres Antrages entspricht.

Die nächste Sitzung wird am 28. Februar stattfinden. Kleine politische Nachrichten. Die angekündigte Novelle zur Gemeindeordnung, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Animierstreichens, zur Einführung der sogenannten Vergnügungspläne und der Auswirkungen der kinematographischen Theater bringt es sich als zweckmäßig, diese Frage in § 74d der Vorlage zu revidieren, der von der Ungnigkeit solcher Abreden handelt, durch die von den geschickten Vorrichtungen zum Nachteil des Handlungsbefehls abgetrieben wird. Dieser Abg. 1 wurde nach Abstimmung mit unseren Genossen und Dr. Waldstein formuliert Zusatz angenommen, der dem Zweck unseres Antrages entspricht.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der gerechtfertigte Panamist.

th. Wien, 19. Februar.

Der Ministerpräsident Lukacs hat einen Prozeß siegestanden. Er mußte über einen Verteidiger, den einzigen Staatssekretär und jeglichen Abgeordneten Boltan Del, der ihn als größten Panamisten bezeichnete, siegen, denn noch niemals hat ein ungarisches Gericht beim Strafanwalten ministerieller Korruption vertragt. Der Gerichtshof verhängte einfach den Verlust, daß die Begehrung Panamit ein Griff persönlicher Verehrung in sich schließe. Daher kommt wohl die Aufführung des Wahrheitsbeweises für den Verlust der Salzaber Häuser zuverlässig werden, nicht aber in Bezug auf die 480000 Kronen, die Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, denn die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Da Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken verwendet. Dieser verblüffende Beschluß liegt auch dem Verteidiger nichts über, als auf die Verhandlung überhaupt zu verzichten, er begnügte sich zu erklären, es bleibe somit offen, ob die bezüglichen 480000 Kronen für Zwecke verwendet wurden, die nicht dem Staatsinteressen entsprachen. Lukacs sich von der Bank- und Handels-Gesellschaft hatte auszahlen lassen, kann die habe er nach Bekämpfung des Anklagten zu Wohlzwecken

treue ergriffen, die jetzt um 140 Proz. höher zu Markt steht. Begreift man nun, warum die ungarische Regierung sich so heftig dagegen sträubt, die Zahl der Wahlberechtigten zu erhöhen?

England.

Die Grausamkeiten in Mazedonien.

London, 19. Februar. Im Oberhaus befragte Lord Lansdowne die Regierung über die angeblichen Grausamkeiten in Mazedonien und Thraxien und verlangte zu wissen, welche Anstrengungen auf dem Balkanfronten etwa gemachte Vorstellungen gegeben worden wären. Es gab dem Bebauern darüber Ausdruck, daß sein politischer Führer in England irgend eine Teilnahme für die Türkei in ihrer Bedrängnis geäußert hätte, und daß sein beobachtendes Wort für den Mut und die Tapferkeit der Türken in Serbien und Konstantinopel gefallen wäre. Lord-Beschäftiger des Geheimen Rates Wodehouse erinnerte den Fragesteller daran, daß England in dem Balkankrieg zur Neutralität verpflichtet sei, und fragte, wie die Mitglieder der Regierung es mit den Grundsätzen der Neutralität vereinbaren sollten, ihren Beifall über ihr Missfall zu äußern. Es war nicht leicht, darüber ein Urteil zu gewinnen, inwiefern die Berichte von Grausamkeiten begrenzt waren. Das äußerte, was wir tun könnten, war, den Regierungen energische, wenn auch höfliche Vorstellungen zu machen. Solche Vorstellungen in nicht offizieller Form sind in Serbien und Bulgarien erhoben worden. Die serbische Regierung hat geantwortet, wenn in vereinzelten Fällen Soldaten in der Höhe des Kampfes Verbrechen begangen hätten, so wären die Lebhabter stets mit der vollen Strenge der Kriegsgerichte bestraft worden. Wenn Verbrechen von versprecher Mitgliedern freiwilliger Banden, die nicht durch die Militärbehörden kontrolliert werden können, begangen worden wären, so hätten die serbischen Behörden auch alle Versuche persönlicher Rache streng bestraft. Ferner ins Morale die Antwort der bulgarischen Regierung vor, welche dies bereits bekannt gegeben hatte.

Marokko.

Tetuan besetzt.

Paris, 20. Februar. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die Regierung beschlossen, Tetuan, das nach einer gestrigen Meldung ohne jeden Zwischenfall von dem General Alca mit etwa 1000 Mann besetzt wurde, zum Sitz des Generalgouvernements von Spanisch-Marokko zu bestimmen. Die Reichsstadt wird nach dem Rücktritt des französischen Gouverneurs in Tunis geholt werden. Der zum Generalsekretär ausgewählte Vizegouverneur der Besatzung von Tunesia, General Alava, verblieb daselbst bis auf weiteres und wird erst später seinen Sitz in Tetuan nehmen.

Hier, 19. Februar. Die Kolonne Marçallic nahm in Nähe von 2000 Mann etwa 15 Kilometer von Algier entfernt den Flughafen Sidi Ifni mit 700 Mann gefangen.

Amerika.

Maderos Ende.

In Mexiko hat sich die Situation rasch zugunsten Maderos gewendet. Nach einer Depesche aus Mexiko sind Madero und das Kabinett gefangen genommen worden. Huerta wurde zum provvisorischen Präsidenten ernannt. — Die Telegramme berichten dazu:

Mexico, 19. Februar. Außer Madero wurden auch sämtliche Mitglieder des Kabinetts verhaftet, mit Ausnahme des Finanzministers. Man sagt, daß Madero drei Viertel seiner Offiziere verloren hat. Der Sohn des Präsidenten, Gustavo Madero, wurde ebenfalls verhaftet. Huerta soll den Untergang der ganzen Familie Madero beschlossen haben. Die Mitglieder der Familie sind in einem Automobil geflüchtet und man weiß nicht wohin. Es bestätigt sich, daß Huerta die interimsistische Präsidentschaft übernommen und General Slancourt zum Gouverneur von Mexiko ernannt hat.

Die Bevölkerung Mexicos nahm den Präsidentenwechsel laut jubelnd auf. Huerta, der neue provvisorische Präsident, erklärte, er betrachte sich nur als Militärgouverneur. Er habe keine periodischen Amtseinführung. Der Gouverneur der Stadt Mexiko und die auswärtigen Truppenführer wurden von dem Wechsel in Kenntnis gelegt. Die Ausweitung allgemeiner Wahlen wurde verschoben, jedoch stehen Croato, Gomez sowie andere Generale besonders in den Nordstaaten gegen Huerta zu sein. Sie wollen den Kampf fortführen. Dies scheint nach Washington den Grund zu neuen Verhandlungen zu bilden. Neben die Auswirkungen der neuen Situation im Staatsdepartement laufen die Nachrichten noch sehr widersprechend, doch scheint man mit Maderos Fall eine leichte Lösung zu erwarten. jedenfalls wurden keine Einschränkungen der Rüstungen angeordnet.

Washington, 19. Februar. Ein Telegramm aus Mexiko besagt, daß Gustavo Madero, ein Bruder des ehemaligen Präsidenten, heute standrechtlich erschossen worden ist.

Reuenos, 19. Februar. Ein Telegramm aus San Salvador besagt, daß die Anhänger des Präsidenten Arango gegen auf der Rambla von einem Detachement Truppen im Bereich einer großen Menschenmenge erschossen wurden.

Washington, 19. Februar. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird die neue rumänische Regierung nicht eher formell anerkennen, als bis diese tatsächlich erwiesen habe, daß siefähig sei, aus dem augenblicklichen Chaos den Frieden herzustellen.

Japan.

Das neue Kabinett.

Tokio, 19. Februar. Admiral Yamamoto hat mit der Seizuaiparole eine Verständigung erzielt, auf Grund deren alle Minister, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, des Ministers des Auswärtigen, des Kriegs- und des Marineministers, der Seizuaiparole anzuschließen oder sich dieser Partei anzuschließen müssen. — Das neue Kabinett sieht sich folgendermaßen zusammengestellt: Premierminister Admiral Yamamoto, Auswärtiges Baron Nobuji Matsuo, Krieg Generalleutnant Kiyoshi Maruyama, Finanzen Baron Korekiyo Takahashi, Handel Tatsuji Yamamoto, Justiz Matsukata, Inneres Viscount Kei Hara, Unterstaatliche Seizuaiparole, Berleth Okuda.

Zum rumänisch-bulgarischen Konflikt.

Aus Bukarest wird uns geschrieben:

Die von der rumänischen Regierung gegen Bulgarien angewandte Expressepolitik hängt eng mit der Ruzowallachenfrage zusammen. Die Ruzowallachen, Nachkommen der nach Bulgarien versprengten Rumänen, leben teils als arme Dörfler auf dem Lande, teils als Kaufleute, Gastwirte, Handelsleute in Städten und machen in Mazedonien etwa 250 000 Höhe aus. Ihre Sprache ist der rumänischen nahe verwandt. Das Zentrum der Ruzowallachen ist noch dem amtlichen Bericht eines ausländischen Konsuls vom Jahre 1902 das Vilajet Monastir, wo allein 142 000 wohnen, während die übrigen an den Abhängen des Pinus und seines nördlichen Ausläufers, des Grammosgebirges, als Hirten ihr Leben fristen. Seit einigen Jahrzehnten kämpfen die Ruzowallachen heftig um ihre Sprache in Schule und Kirche gegen die Griechen.

Die Griechen, die das Herrenvolk im byzantinischen Reiche waren, blieben auch unter der Herrschaft der Türken die christliche Herrenklasse der Balkanhalbinsel. Nicht nur im byzantinischen Territorium Griechenlands, sondern auch in den am Mauerwerksgrenze nach Romaneien absteigenden

Städten Rumäniens, Albaniens und Serbiens waren die Griechen die wohlhabende Schicht der Bevölkerung; sie bildeten auch die Bourgeoisie der christlichen Bevölkerung des Türkischen. Alle orthodoxen Christen des Balkans waren der Herrschaft des griechisch-orthodoxen Patriarchen in Konstantinopel unterworfen. Durch den in der Türkei gewonnenen Einfluß versuchten die Griechen ihren Wunsch, ein großbyzantinisches Reich oder, wie sie es nennen, die große Idee des Hellenentums durchzusetzen. Wir wollen durchaus die große soziale Aufgabe, die die griechische Kirche erfüllt hat, nicht vergessen. Ihre Organisation hat den Christen eine freie, über den Rahmen der Kirche hinausreichende Autonomie gesichert. Aber nicht zu vergessen ist, daß die christlichen Wölfe dieser Autonomie neuer ersauften mussten. Sie wurden von dem griechischen Steuernpächter und Bucherer wie von den Türken ausgewichst, am Schlammten bedrückt sie aber die griechische Kirche. Das Patriarchat verlor die Bischofskirche an die Weißbischöfe, während die Bischöfe ihrerseits den hohen Kaufpreis, für den sie ihre Würde erlangt hatten, von den Gläubigen durch Erhebung von hohen Kirchensteuern wieder einzuziehen versuchten. Durch diese Ausbeutung halte sich ein feindschaftlicher Haß gegen das Griechentum in den Bürgern aufgehäuft. Die Aufstände der Serben von 1804 und der Russisch-Rumänisch-Türkische Krieg von 1878 befreite die Rumänen, Serben und Bulgaren von der Herrschaft der Türken. Mit der Abschaffung der Herrschaft der Türkei fiel auch der griechische Einfluß in den befreiten Ländern. Die Griechen wurden von ihren Bischofskirchen vertrieben, die griechische Sprache durch die Volkssprache ersetzt — kurz, die jungen Nationen schufen sich eine nationale Schriftsprache, eine nationale Kultur. Es ist klar, daß die Griechen eine derartige Wendung nicht ruhig hinnehmen wollten, zumal sich die jungen Nationen von dem Patriarchen abwendeten und eine selbständige Kirche schufen. Auch unter den Ruzowallachen entstand eine nationale Bewegung. Die nationalen Ansprüche der Ruzowallachen bestanden nicht in Territorialerwerbungen, sondern sie verlangten vom Sultan in ihren Schulen und Kirchen die Errichtung des Unterrichts und des Gottesdienstes in ihrer Ländersprache. In diesem Kampf wurden sie durch die rumänische Regierung unterstützt. Am 22. Mai 1905 erkämpfte auch ein Heer des Sultans die Forderungen der Ruzowallachen an. Von diesem Zeitpunkt an beginnen die heftigsten Kämpfe der Griechen gegen die Ruzowallachen. In den Kirchen, auf den Straßen spielten sich bald zwischen griechischen Banden und Ruzowallachen die blutigsten Kämpfe ab. Hunderte von Ruzowallachen wurden niedergemacht.

Wie aber immer Druck Gegendruck erzeugt, so auch bei der Bewegung der Ruzowallachen. Die Schulen der Ruzowallachen nahmen an Zahl sehr schnell zu, so daß man heute 20 rumänische Volksschulen für Knaben und Mädchen mit etwa 12 000 Schülern zählt. Es entstehen, was bezeichnend für die Balkanverhältnisse ist, 25 Schillen in einem Dorf auf eine Lehmkast. Mit der Zeit sah Griechenland ein, daß ein Kampf gegen diese Bewegung nutzlos war und gab die Verfolgungen auf.

Mit dem Balkankrieg tritt die Ruzowallachenfrage in ein anderes Stadium, da die Ruzowallachen nunmehr der türkischen Herrschaft entzogen werden. Was unternimmt jetzt Rumäniens? Bezeichnet die rumänische Regierung das Wohl der Ruzowallachen wirklich? Nein, die rumänische Regierung betrachtet die Ruzowallachen als Schachzware. Und das ist am bezeichnendsten die Anerkennung des Ministers des Innern, des Unternehmers in London, T. J.onescu, einer Neuzeitung, die dem Sinne nach in die Worte zusammengefaßt werden kann: Ihr Balkanbündnis befreit jetzt die Ruzowallachen, wir verlangen Territorialabtretung. In dieser Weise nimmt das offizielle Rumäniens sich der rumänischen Stammmesgenossen an. Und haben die Forderungen der rumänischen Regierung auf bulgarische Territorialabtretungen eine tiefere Berechtigung? Nein! Es sind die jüngsten Forderungen nichts weiter als dumme Erpressungsforderungen. Wir schaffen dumm, denn wenn auch Bulgarien an Rumäniens ein großes Territorium abtritt, so muß man dann immer damit rechnen, daß Bulgarien auf Kriegshut mit Rumäniens ziehen bleibt. Die vernünftigste Politik, die Rumäniens treiben könnte, wäre der Beizritt zum Balkanbund. Aber das würde einen Schritt gegen Österreich bedeuten und damit auch gegen den Dreieck, welches zu folgen Rumäniens gewöhnt ist, auch wenn es gegen die rumänischen Interessen geht: dies ist eine Folge der ungünstlichen Politik, in die Rumäniens von dem hohenzollerischen König Karl I. hineingetrieben wurde.

Aber gegen die offizielle Politik Rumäniens erzielt die Stimme des Proletariats. Rumäniens ist das einzige Balkanland, dessen Kanonen noch nicht verdrossen und dessen Proletariat für den Frieden und für die Balkanförderung durch mächtige Versammlungen und Straßendemonstrationen eintritt.

Die Mächte als Schiedsrichter.

Bukarest, 19. Februar. In ihrer heute nach Sofia abgehenden Note lehnt die rumänische Regierung das Angebot Bulgariens ab, als angemessen bezeichnet wird, ob, Anfang dringenden Antrats der Mächte, die ihre Dienste als Vermittler oder Schiedsrichter anbieten, dürfte Rumäniens vorläufig von äußersten Maßnahmen absehen.

Bukarest, 19. Februar. Die Vertreter der Mächte kündigten in Sofia und hier an, daß ihre Regierungen den Vorschlag Griechen angenommen haben, der darin geht, der bulgarischen und rumänischen Regierung anzuzeigen, zur Beilegung ihrer Differenzen die Entscheidung der Mächte anzuregen. Nebst diesen Vorschlag sollen nunmehr die bulgarische und die rumänische Regierung beraten.

Vom Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 19. Februar. Nach Berichten nichttürkischer Augenzeugen über die Ereignisse bei der Landung bei Gallipoli sind diese Versuche vollkommen gescheitert. Die Bulgaren wurden unter beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Die Verbündeten der Türken an allen drei Kampftagen, am 8., 9. und 10. Februar, betragen gegen 17 Tote und 13 Verwundete. Die Wiedereinschiffung der Truppen erfolgte auf Beschluß aus Konstantinopel ohne Verzögerung durch die Bulgaren. Und stellen sich die bulgarischen Meldungen über die Kämpfe bei Gallipoli als stark übertrieben heraus, da die Bulgaren nirgends an Terrain gewonnen haben.

Belgrad, 18. Februar. Die serbische Regierung wird nach erfolgter Rückfrage mit dem Generalstabsoffizier Guttmann, der sich gegenwärtig hier aufhält, dem Bunde des bulgarischen Regierung folge leisten und 40 000 Mann Truppen auf den thüringischen Kriegsschauplatz entsenden. 160 schwer bewaffnete und bewaffnete sind bereits am Montagmorgen nach Konstantinopel abmarschiert.

Die Verluste der Montenegriner vor Skutari.

London, 19. Februar. Der Korrespondent der Times in Cetinje berichtet von großen montenegrinischen Verlusten, die für die kleine Armee heimisch eine Katastrophe darstellen. Auf der Tatobosseite hatten die Montenegriner noch guten Informationen nahezu 1000 Gefallene und Verwundete. In den Kämpfen um den Gardanjolt verlor General Bufolitsch eben 4000 als 3000 Mann. Das Ergebnis der verlustreichen Kämpfe ist für die Montenegriner der Verlust des Gardanjolts. Die Serben verloren 500 bis 600 Mann. Die Einrichtungen, um die Wunde der Verwundeten zu pflegen, sind überaus mangelhaft. Die Montenegriner waren von Anfang an in sanitärer Hinsicht auf ausländische Hilfe angewiesen und mehrere der heimischen Sanitätskorps, darunter auch das englische, verliehen nach dem Abschluß des Waffenstillstandes das Hand.

Friedensbemühungen.

London, 19. Februar. Die Botschafter beschäftigen sich augenblicklich mit der an Dakl Pachá zu gebenden Antwort. Es verlautet, daß die Mächte an die Alliierten eine neue Anfrage stellen werden, ob sie die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen wollen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt hat den österreichischen Botschafter davon verständigt, daß falls die Mächte den Klagen der Mächte Rechnung trage und ihre Vorwürfe annehme, die Mächte mit den Balkanstaaten wegen der Friedensverhandlungen Rührung nehmen würden.

Wetterbericht von der Wetterstube an der Friedrich-August-Brücke

vom 20. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer 768. Schön Wetter.

Thermometer +2°, R.

Thermometerograph: Min. -6°, Maxim. +1½°.

Barometer 56°. Wasserstand - 120 Centimeter.

Prognose der Wetterlage

für den 21. Februar.

Keine Witterungsänderung.

Wetterlage: Im Norden sowohl wie im Südwesten macht sich die Ausbreitung tiefer Drucks bemerkbar. Das Druckmaximum ist dementsprechend auf einen kleinen Küstenzug am Meer und über Südbulgarien geschränkt, das nur über dem Nordmeer und über Südbulgarien betreibt. Je mehr sich tiefer Druck ausbreitet, um so mehr wird der Einfluß des Hochs gewährt und um so salter wird er verschmolzen. zunächst ist aber das Wetter in Mitteldeutschland noch vom Druckmaximum abhängig und wird sich daher bis morgen nur wenig ändern.

Dresdner Polizeibericht vom 20. Februar.

Vericht der Landeskriminalpolizei.

Im letzten Februar war bei einem Mitternachtsführchen der Großenbacher Wegen wiederholt eingebrochen worden. Das letzte Mal war der unbekannte Täter am 12. Februar 1913 nachts mittels Seilerei durch das Dachfenster eingestiegen und von da aus in die Vierterwohnung und das Schlafrimmer des Höfers gelangt. Durch das beim Defensiv der Wiederkunft verursachte Geräusch erweckte der Höfer, wurde aber beim Erheben von seinem Lager von dem Einbrecher sofort erschlagen, gewürgt und niedergeschlagen, so daß er nicht unverblümte Setzungen davontrug. Wiederholt des Angreifers hatte aber der Höfer die Gesäßgentur, das elektrische Licht eingeschalten. Der Täter wurde dadurch offenbar in Schock versetzt und ergab die Flucht, jedoch ein großer Unglück abgewendet wurde. Infolge Erwartung des Überfallen gelang es dem Einbrecher jedoch zunächst unerkannt zu entkommen. Im Schlafrimmer des Höfers hatte der Täter eine Taschenlampe, ein mit Buntleder besetztes Taschenbuch und einen Stock ausziehen lassen, was darauf hindeutete, daß eine Eröffnung des Überfallen beabsichtigt war. Durch die Eröffnung des Landeskriminalpolizei, Kriminalbrigade Dresden, und des auständigen Kriminalbeamten wurde festgestellt, daß die zurückgelassene Taschenlampe von einem oberklassischen Arbeiter in Großenhain gekauft worden war und daß dieser im Dezember 1912 einige Tage bei einem Mechaniker dort gearbeitet hatte. Am 19. Februar 1913 gelang es, den Unbekannten in der Region des 20. Jahrhunderts Paul Sch. aus Laufsa zu ermitteln und festzustellen. Er gibt zu, daß er den im hohen Alter liegenden Höfer habe jagen, den Mund verstopfen und betören wollen. Die entdeckten Gegenstände, die bei den Verwundeten des Täters bestellt wurden, konnten dem Bekleideten wieder ausgehängt werden. Wegen anderweitig dem Sch. zur Last gelegten Straftaten werden die Ermittlungen fortgesetzt.

Letzte Telegramme.

Der französische Härtungslärm.

Paris, 20. Februar. In der zivilisierten Presse wird der Widerstand gegen das Gedanken an die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit immer lebhafter. So schreibt der Senat: Die Kammern, die gewiß zu allen Opfern bereit ist und alle Freiheiten sowie alle Ermittlungen zur Verstärkung der Kobalder bewilligen wird, wird die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ablehnen, wie sie das Parlament vor einigen Jahren einstimmig abgelehnt hat. Die Kammern erläutern: „Um die Mannschaftsbesetzung im Friedenszeit zu verstärken, gibt es noch andere, weniger drückende Mittel, als die Mächte zur dreijährigen Dienstzeit.“ Der gemäßigte republikanische Deputierte Charles Dennis erläuterte einem Rechtsreferenten, er sei der Ansicht, daß die gegenwärtige Haltung Deutschland weniger eine Drohung gegen Frankreich, als eine Vorsichtsmaßregel gegen eine polnische Bewegung bilde.

Vom Kriegsschauplatz auf dem Balkan.

Konstantinopel, 20. Februar. In der letzten Woche haben die militärischen Operationen auf dem Kriegsschauplatz durch die eingetretene kalte Kälte und die in letzter Zeit sich häufenden, verheerenden Schneefälle nicht fortgesetzt werden können. Auf beiden Seiten müssen die Truppen in erster Linie mehr darauf bedacht sein, sich vor der Kälte zu schützen als zu kämpfen. Die türkischen Truppen befinden sich im großen Nachteil, weil sie auf einer Seite stehen, wo ihnen der Schneefall ins Gesicht schlägt. Die militärische Situation auf dem gekämpften Kriegsschauplatz ist nach unverändert.

Der Balkankrieg und die indischen Mohammedaner.

Kalkutta, 20. Februar. Die Säkularisierung, die der Balkankrieg unter der mohammedanischen Bevölkerung verursacht hat, bewirkt unbedeutend fort. Die englisch-indische Presse weist auf die Bevölkerung der Nieden hin, die hier gehalten werden, sowie auf die Leute, einen Halt zu veranlassen. Ein geschäftiges bengalisches Blatt

Wilschdorf u. U.

Dienstag den 25. Februar, abends 8½ Uhr, im Gasthof zu Wilschdorf

Frauen- und Volksversammlung

Tages-Ordnung:
Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus.

Referentin: Frau Röhl, Berlin.

Frauen und Männer! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

Öffentliche politische Versammlung. Der Eintritt ist frei.

Der Eintritt ist frei. Wilschdorf Nr. 81.

Verband d. Hutarbeiter u. -arbeiterinnen

Mitgliedschaft Dresden u. Umg.

Freitag den 21. Februar 1913, abends Punkt 8½ Uhr

Jahres-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses.

Tages-Ordnung:

1. Nechenschafts- und Jahresbericht.
2. Kartellbericht.
3. Neuwahl der Kartelldelegierten.
4. Bericht der Staaten-Beratungskommission und Beratung der bis jetzt für die Generalversammlung gestellten Anträge.
5. Allgemeines.

Die ganz besondere Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt die Anwesenheit aller Mitglieder und wollen die Kollegen und Kolleginnen auf das Bestimmte erscheinen. [V 118]

Die Ortsverwaltung. J. A. G. Herrmann.

Öffentliche politische Versammlung.

Radebeul – Oberlößnitz!

Mittwoch den 26. Februar, abends 9 Uhr
im Gasthof „Goldene Krone“

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Frau und der Sozialismus

Referentin: Frau Elisabeth Röhl, Berlin.

Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen und Mädchen, aus Rücksicht auf die Tages-Ordnung erwünscht. Alle über 18 Jahre alten Personen haben Zutritt. [V 10]

Der Eintritt ist frei. Radebeul.

Soziald. Verein Dresden-Alst.

Freitag den 21. Februar, abends 8½ Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: Restaurant Burgkeller, Jüdenhof 1
2. Gruppe: Restaurant Starke, Böllnitzerstraße 35
3. Gruppe: Adams Restaurant, Kaulbachstraße 16
4. Gruppe: Braunschweiger Hof, Freiberger Platz
5. Gruppe: Dresdner Volkshaus, Nippenburgstraße
6. Gruppe: Restaurant Vorrmann, Schnorrstr. 62
7. Gruppe: Sport-Ede, Pfotenhauerstraße 77
8. Gruppe: Restaurant Rühnel, Zwidauer Straße 31

Tages-Ordnung:

Bericht des Vorstandes.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. — Der Vorstand.

V 23.10]



Telephone 1034

See-Fische!

ff. grüne Heringe, sp. 16 gr. 5 sp. 75 gr. || ff. Fisch-Fillet, ohne Haut und ohne Gräten, pflanzenfettig sp. 60 gr.
ff. helg. Schelfisch, Kabilian, Rotzunge, Seerunge, Steinbutt, Seehecht, Flüsslachs, Tafelzander, lebende Karpfen, Siale, Schleien
Boellungen ohne Preisauflösung frei Haus.

[A 80/19]

Geselliger Verein „Edelweiss“
Trachenberge.
Freitag den 21. Februar im Gasthof „Zum wilden Mann“

Gr. Familien-Abend

Bestehend in großem humoristischem Konzert, ausgeführt von den Humoristen und Sängern Strzeliewicz.

Grossartige Warenlotterie. — Feiner Ball.

Sachsen ohne Ende. — L 228/2

Eintritt 6½ Uhr. — Aufzug 7½ Uhr. — Ende 8 Uhr.

Karten für Mitglieder und ihre Angehörigen sind bei den Vorstandsmitgliedern zu erwerben.

Zahlreiches Erscheinen steht entgegen. — Der Vorstand.

Parla

In der ersten Maile

Der Vorstand

wegen der Saal-

vermietung, der in

den Saalstufen, folgt der Vor-

stand. Was soll nun

geschehen? Es wird

bestimmt, dass der Vor-

stand nicht daran

teilnehmen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

die Saalstufen nicht

benutzen darf.

Der Vorstand

will nicht daran

teilnehmen, da er

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

Verkennnis Rethke.

Der Apotheker Pauli fuhr am Nachmittag des 2. Juli 1912 mit der Straßenbahn in Leipzig durch die Petersstraße; er stand auf dem Autopersonen, sein Hund saß hinter dem Wagen her. Plötzlich verließ B., einem die Straße laufenden Fußgänger, dem Mechaniker B., vom Straßenbahnpersonen herab mit seinem Spazierstock einen derart wuchtig geführten Schlag auf den mit einem Stoffen abgehüllten Hund, daß der Geltosche mehrere Tage lang an hohlen Kopfschmerzen litt. Den Antrag zu der Arbeit hatte gegeben, daß B. aus Sicht seines Dienstes den hinter der Straßenbahn herauflaufenden Hund getreten hätte, was so aufgedeckt haben soll, als er dem Herrn einen Fußtritt versetzt hätte. Als B. dann wegen eines ihm entgegenkommenden Geschäftes zurückkehrte, trat er den Hund an. Dieser Eigentümer hat nun geplaudert, daß dies mit Absicht geschehen sei. Angeblich hat er von dem B. nur den Hut herentzulassen wollen, um seine Namensstellung zu ermöglichen. Das ist mir jedoch nicht glaubhaft worden. Das Schriftgericht hat ihn wegen partikularer Abschleppung mittels gefährlicher Werkzeuge zu einer Woche Gefängnis verurteilt. An der Beurteilungshandlung kam es mit 200 M. Geldstrafe davon. Der Angeklagte wollte jedoch nichtsprochen sein, weshalb er Rechtsanwalt eingesetzt; er will nun zugeben haben, um weitere Anklage gegen den Hund abzuwehren, daß er berechnet gewesen, also habe er im Polizeihaus gehandelt. Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel aber verworfen.

Schiffsgerecht.

Angenommener Schluß nach § 193.

Der Tuchhändler Herr Otto Bürger in Böhmen erhält den Antrag, das Nach eines Neubaus zu dessen. Da er die bisher von ihm bewohnte Dachgiebel nicht gleich bekommen konnte, war er genötigt, ein anderes Dachstiel zu vernehmen. Nach vollendeter Arbeit stellte es sich heraus, daß der Dachgiebel außerordentlich wasserundurchlässig war. Der Tuchhändler konnte dem Hausbesitzer nicht zutrauen, sich mit dieser unangenehmen Tatsache auszutun und er wendete sich daher an den Tuchhändler mit dem Schreinigen, dem Schrein mit Tuchstiel zu begreifen und zwar auf Kosten des Fabrikanten Kosten. Dieser wollte zunächst nicht viel zahlen wollen und schied den vereidigten Sachverständigen Tuchhändler Schöne zur Beurteilung. Dieser äußerte sich darin, daß die Durchlässigkeit des Daches nicht etwa auf die durchdringende Regen, sondern auf das unzureichende Umbauen zurückzuführen sei. Bürger habe zweitens Geheim in den Mietel gelau und dieser knappe Zeitraum an und leise es in den Januar des Gebäudes. B. war von diesem Gedanken sehr überzeugt, vertonte er seinen Mietel von Januar bis Ende und noch nie war ein Dach durchdringend gewesen, zum ganzen Auf als Bauherr war in Kenntnis gestellt, zumal sich er etwas in einem kleinen Kreis sehr schnell verbreitete. An einem Abenden an Schöne wiedergab er daher Faust für Faust dessen Gedanken, schied ihm sogar einen Ziegel zu, damit er sich von der niedrigen Bezahlung des Dachstieles überzeugen. Sch. reagierte aber nur nicht darauf. Er wolle B. ein Gutachten von der technischen Hochschule ein und das gab ihm vollständig recht. Die dort angestellten Versuche ergaben, daß die fühlige Ziegel bei dem Tuch und einer Wasserfuge von zehn Zentimetern schon nach zwei Stunden auf der unteren Seite trocken. Auch die Beurteilung Schones, der gewisse Mietel sei an der Durchlässigkeit des Daches schuld, wurde plötzlich widerlegt. In einer vorliegenden vorgetragenen Ansprüche wurde von verschiedenen Stellen schließlich noch festgestellt, ein anderes Dachstiel unter dem gleichen Wasserdurchgang habe nach 24 Stunden noch kein Wasser durchdrückt. Damit war erwiesen, daß der Schone'sche Gutachten objektiv falsch war. Bürger machte Sch. auf diesen Gutachten aufmerksam und erfuhr nun, sein Gutachten zu rückschriften. Sch. antwortete auch hierauf nicht. Da gewann B. die Überzeugung, daß Sch. kein Gutachten nicht irrtümlich falsch, sondern wissenschaftlich falsch abgeschafft, batte und er fügte ihm dies ausdrücklich in einem weiteren Briefe, model er ihm momentan aufzuerufen, endlich sein Gutachten zu berichtigten. Hierin erklärte der Sachverständige eine Bekleidung und er verklagte Bürger. Der Sachverständige natürlich nur nachzuweisen, daß das Schone'sche Gutachten objektiv falsch war. Das aber das falsche Gutachten gegen diese Überzeugung abgelehnt wurde, läßt sich nicht feststellen, da Sch. es bestritten. Das Gericht hatte das höchste aus dem übrigen Verhalten Schones herleiten können. Es billigte dem Verfolgten nur den Schluß des § 193 zu, erkannte aber trotzdem auf 25 M. Strafe, da Bürger die Grenzen überschritten habe.

Parlamentarische Kommissionen.

Zentrumslampe.

In der Dienstabstaltung der Budgetkommission führte zum ersten Male ein Sozialdemokrat, Genosse Südekum, den Vorstand des Zentral- und Pressesekretariats für die öffentliche und Privatwirtschaft, der in der Presse für leichtesten Abschluß worden ist und dem Staatssekretär B. Teply Ratlos gab, seine Deutung in Aussicht zu ziehen, falls der Zentrumssatzung eine Annahme finden sollte, hat mit einem Maßzug des Zentrums ins Gesetz. Das Zentrum hatte auch gefordert, daß Tafel- und Pressesekretär nur bei dauernder Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See gehoben werden. Herr B. Teply erklärte diese Anerkennung schon deshalb für unannehmbar, weil die Mitglieder auch Aufgabe auf dem Schiffen ließen. Unserer Genossen erwiderten auch sofort, daß sie mit aller Schärfe die Bezahlung von mindestens 2. h. zu ihrer erledigten Tafelgaben belämpfen, oder den Zentrumssatzung nicht zustimmen könnten. Das Zentrum hat seiner Aktion, die ein weiterer Akt der jetzt beliebten Konservativen gegen die Regierung ist, gefährdet und zog in der Dienstabstaltung seinen ersten Antrag zurück und drückte dafür den folgenden Entschluß ein:

"Dienstlich eingeschaffte Offiziere, Jähnliche, Seefahretten, Kapitänen, Tafelgäste und Beamte, die am Bord Dienst tun haben, Anspruch auf freie Bezahlung. Blinde Tafelgäste dürfen nicht bezahlt werden. Die für die Zuständigkeit der Bezahlung zuständigen Beamten sind jährlich mit dem Reichsbehördenrat besprochenen zuvorgelegen."

Abg. Erzberger versuchte glauben zu machen, der neue Entschluß des Zentrums deute sich mit dem alten Antrag. Genosse Rose findet es unvergeßlich, wie in der Presse die Auffassung entstehen könnte, die Sozialdemokraten würden den zuerst vom Zentrum gestellten Antrag annehmen. Sozialdemokratie des Zentrums müßten jetzt mit größter Vorsicht betrachtet werden, wie auch der vom Zentrum unrichtige Versuch vorausgesetzt hat, die Tafelgäste zu bestechen. Gegen die Bezahlung anderer Tafelgäste sind die Sozialdemokraten ganz entgegengesetzt; das kann solche Seide noch bezahlt werden, sonst wäre nicht nachgewiesen werden. — Staatssekretär B. Teply erklärte sich ebenfalls gegen die blinden Tafelgäste und versprach, daß er nunmehr eine strenge Anwendung erlösen werde, auf die Bezahlung der Tafelgäste zu achten. — Genosse Rose war betont, daß der neue Zentrumssatzung an dem heutigen Sitzung gar nichts ändere, da in schon vorbereiteten im Sinne des Antrags bestehen. Das Zentrum sieht die Widerstreit und Unterdrückbarkeit seines ersten Antrags ein und verzichtete nun, sich einen leidlichen Rüttzug zu verschaffen.

Im Verlaufe der weiteren Diskussion erklärte Abg. Graf Bräuer, daß Zentrum habe gar nicht an eine Sparfamiliengesetzung bei seinem Vorgehen gedacht. — Genosse Rose wagte das Geständnis des Zentrums fest, daß es gar nicht an Sparfamili-

genarbeit gedacht habe. Die Zentrumspresse freilich habe gerade die angebliche Sparfamiliengesetzung des Zentrums bei dem Vorstoß gegen die Tafelgäste hervorgehoben und den Sozialdemokraten vorgeworfen, ihr früherer Entwurf der Regierung aus der Hand, nur um eine Reichstagsauflösung zu verhindern. Ein solcher Vorwurf sei natürlich blander Untruth.

Der Zentrumssatzung wurde durch Anträge der Abg. Hofrichter, Eisner und Graf Westarp dahin geändert, daß die Worte "Dienstlich eingeschaffte" durch das Wort "Aber" ersetzt, ferner "freie Bezahlung", "Bezahlungsgesetz" gestrichen wird. Der abgeänderte Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Staatssekretär B. Teply hatte vorher den Einspruch mit diesem Antrage zum Ausdruck gebracht.

Bei der Weiterberatung des Marinekassen in der Budgetkommision des Reichstags wendeten sich unsere Genossen leidlich gegen die Fortsetzung von 10 Millionen für ein neues Kaiserschiff auf Stelle des Hohenzollern. Die Genossen Rose und Ledebur bekannten, daß der Kaiser aus eigenen Mitteln für ein Schiff dannen lassen soll, wenn er ein solches will. Die Instandhaltung kann der Legionen Hohenzollern erfordern jährlich verbürgt 400.000 M.; beim neuen Schiff wird sich die Summe erhöhen. Wer Hochseefahrt führen will, habe jetzt eine günstige Gelegenheit. — Staatssekretär B. Teply vertrat die Anerkennung mit dem Hinweis, der Kaiser braucht ein Schiff bei der Zeitung großer Seemänner und Korsaren. — Genosse Ledebur bezweifelte demgegenüber, daß der Kaiser eine solche feindmäßige Ausbildung erfahren habe, die für befürchtet, Seemänner zu leiten. Der Kaiser sei doch wohl mit Amateuren vertraut. — Abg. Graf Westarp glaubte entstehen Verwaltung gegen die Neuerungen Lebewards einzutragen, zu einer unzulässigen Herabsetzung der Person des Kaisers in die Debatte bedrängen. Gilt die neue Kaiserjacht stimmen sämtliche bürgerlichen Parteien.

In weiteren Diskussionen äußerte sich sodann der Staatssekretär über die Untersuchung und die artilleristische Ausrüstung der Flotte. Dabei wurden auch die enormen Kosten für Geschütze und Panzerplatten besprochen. Ob ein internationales Syndikat der Panzerplattenfabrikanten besteht und die Kriegsschiffe der Staaten ausplaudert. Ob Herr B. Teply angestellt unbefriedigt. Tatsächlich besteht — aber bestand bis in die jüngste Zeit — ein solches Syndikat, das z. B. der Altona Krupp etablierte, Riesengewinne auf Kosten der Einzeljahrs zu erzielen.

Abg. Erzberger bestätigte den heutigen Bau der Luftschiffhallen, die von feindlichen Fliegern mit explosiven Bombenbomben vernichtet werden können. Notwendig seien in die Erde eingegrabene, mit starken Betonwänden überdeckte Hallen. Diese solche Hallen bestätigt die deutsche Überlegenheit in der Luftschiffbau nicht. — Staatssekretär B. Teply stimmte dem zwar zu, dennoch jedoch die großen Schwierigkeiten, die dem Bau ausgewählter Hallen entgegenstehen. Die Kriegsverwaltung prüfe alle diese Fragen einsig.

Neues aus aller Welt.

Ein "Mäher" des ermordeten Schuhmeisters.

Die Münchner Polizeidirektion verbreitete durch das Süddeutsche Correspondenzbüro die Mitteilung, die Wiener Polizeidirektion sei durch die Münchner Polizei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der in München als Freidenker bekannte Tischlergehilfe Franz Freiberger von München nach Wien gereist sei, in der Abfahrt, den Tod des Abgeordneten Schuhmeiers dadurch zu rächen, daß er den Führer der christlich-sozialen Arbeiterchaft, den Abgeordneten Leopold Stumpf, zu erschießen gedachte. Die Wiener Polizei hat Freiberger in Wien verhaftet können. Er war im Besitz eines geladenen Revolvers und einer Zeile. Freiberger ist 1888 in Berlin in München geboren und hat angegeben, daß er die Kleidung zu dem Mord unternommen hat, den Abgeordneten Schuhmeier zu töten, um den Tod des Abgeordneten Schuhmeier zu rächen, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in München nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen ist. Er befindet sich seit Anfang Januar in München, wohnte in einer Vorstadt im Altmühlviertel; er geriet, als die Ermordung Schuhmeiers bekannt wurde, in große Aufregung und war von dem Moment an vollständig verändert. Am letzten Sonnabend reiste er von München nach Wien ab, ohne seinen Meisterleuten davon Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag bekam sein Meister von Freiberger einen Brief, worin dieser ihm mitteilte, die Wiener Arbeiter seien zu sehr, um Schuhmeier zu töten, und begnügt sich damit, Verhandlungen abzuhalten, deshalb habe er es übernommen, Schuhmeiers Tod zu rächen. Er schied seinem Logisgeber, daß dieser die zurückgelassenen Sachen behalten würde. Er selbst werde nicht mehr zurückkehren, denn die zweite Angabe ist falsch. Freiberger ist seit 1908 als Freidenker und radikaler Sozialist.

Hierzu ist zu bemerken, daß Freiberger in

Der Kampf um die Nachtruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe.

Seit dem 15. Februar 1913 steht das gesamte Teils und Maschinenpersonal der Elbe, Oder und der nördlichen Wasserstraßen im Streit. Der Unternehmerverband ist frappiert, denn der Kampf als eine Nachtruheprobe der Arbeiterorganisationen einzustellen. In einem Blattwurf wendet er sich an die organisierten Arbeiter der Binnenschiffahrt und beschuldigt die Arbeiterorganisationen, den einseitigen Nachruhausempfehlungen und damit die fruchtlose Rührung dieser Behauptung ist man über den organisierten Wasserverkehren schuldig geblieben. Da der bürgerlichen Presse haben die Reeder sich direkt an die Interessenten im Unternehmervorstand, Kaufleute und Industrie, gewandt und die Schuld an dem Ausbruch des Kampfes und der schweren wirtschaftlichen Schädigung weiter Verbreitungstreite den beiden Arbeiterverbänden zugeschoben.

In einem Artikel Nr. 7 vom 16. Februar 1913 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung erscheint der Unternehmerverband für Binnenschiffahrt die solidarische Hilfe der organisierten Unternehmer und der Königl. Stromverwaltung. Unter Entstehung der Kasten wird auch dort der Versuch gemacht, zu beweisen, daß die beiden Arbeiterverbände, der Frachtautoverkehrsverband und der Centralverband der Wagenkisten und Kegelz., durch diesen Kampf eine Nachtruhe ablegen wollen, um Agitationssuizid zu erhalten". Der Unternehmerverband erklärt in dem Artikel, daß er nach mehrfachen Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden bereit war:

"Anhänger des ganzen Arbeiters 1913 genauso und einschlägige Ausschreibungen über die wöchentlichen Arbeitszeiten während der Fahrt auf jedem Schiff und Kahn und für jeden einzelnen Mann vorgenommen und diese Ausschreibungen durch eine partizipative Belegschaftskommission unter einem unpartizipativen Vorstand fortlaufend prüfen zu lassen. Wenn durch das gewonnene Material überzeugende, die Gewissheit schaffende Arbeitsdauer festgestellt würde, so sollten unter bläffender Nachtruhenahme auf die Eigentümer und die Betriebsverhältnisse der Schiffahrt auf den eingeschlossenen Stromgebieten nach dem wöchentlichen Bedürfnis eine dauernde Regelung der Arbeitszeit — resp. Ruhezeiten ohne Verzug vorgenommen, bestehende offenkundige Mängel aber schon jetzt befehligen werden. Diese dauernde Regelung sollte von der Regierung erbeten werden."

Die Arbeitgeberverbindung versteht sich am Anfang darum zu folgender, aus dem Angenommenen Redaktion:

"Die Vertreter der Unternehmerverbände erklärten ausdrücklich, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge; sie wollten aus klarer Stütze ihrer Macht, die Nachtruhe durchsetzen. Es ist offensichtlich, daß dabei die Förderung des Einflusses der Arbeiterorganisationen die treibende Kraft ist."

Ansprüche dieser wirtschaftsbürokratischen Behauptungen des Unternehmerverbands sei nochmals konkretisiert: Mit der ersten Verhandlung am 4. Dezember 1912 erklärten die Unternehmer, eine mögliche Lohnherabsetzung einzutreten zu lassen, jedoch bei es unumstößlich, eine Regelung der Nachtruhe durch private Vereinbarung für einzelne Teile der Schiffahrt zu treffen, da im Rahmen des Januari einer Gleyes-Vorlage bereit stände. Bei der zweiten Verhandlung am 28. und 29. Dezember 1912 ging der Unternehmerverband einen Schritt weiter. Neben einer allgemeinen Lohnherabsetzung von 5% monatlich sollte eine bestimmte Regelung der täglichen Arbeitszeit nach Ablauf des Jahres 1913 vorgenommen werden; allgemein, von der Kommission festgesetzte Weichpunkte sollten sofort bestätigt werden. Zur Verhandlung am 29. Januar 1913 bezeichneten die Unternehmer die Fortsetzung der Nachtruhe als "Prinzipientreite", und nach langer Strittigkeit gaben sie die Erklärung ab:

"Die Arbeiter sollen für das Jahr 1913 auf eine feste Regelung der Nachtruhe verzichten. Es wird eine partizipative Kommission eingesetzt, welche bis Ende 1913 ihre Vornahme der Regierung unterbreitet, um schließlich die Arbeitszeit zu regulieren. Auch bei einer Differenzierung des Vorjahrs durch beide Parteien in der Kommission sollen sie die Regelung untersetzen. Die Nachtruhe soll nicht an Schiff und Kahn gebunden sein."

Dieses Angebot blieb in seiner Form weit hinter dem vom 20. Dezember 1912 zurück. Die Arbeitgeberorganisationen müssen zu der Überzeugung kommen, daß es den Unternehmern mit der Gewährung einer zulässigen Auszeitpausen überhaupt nicht einigt. Nur insofern hatten die Unternehmer ihren Standpunkt gegen früher geändert, als sie sich nicht mehr gegen, sondern für eine gezielte Regelung aussprachen, sie wollten eine Nachtruhe bis zu fünf Stunden befürworten. Die Grenze nach unten blieben sich die Herren also offen, und damit haben sie bewiesen, daß sie den Wünschen ihres Personals in keiner Weise entgegenkommen wollten und daß sie auch nicht davon denken, der Regierung geistreiche Vorschläge zu machen.

Die Behauptung der Arbeitgeberverbindung, daß die Arbeitgeberverbände ausdrücklich erklärt haben sollen, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge, ist aus der Luft gefallen. Eine deutliche Erklärung haben die Arbeitgebervertreter nie abgegeben. Sie haben nur wiederholts erklärt, daß sie an eine baldige gezielte Beschränkung der Arbeitszeit angeknüpft der Jahrzehntelangen statthaften Erhebungen nicht glauben können und daß sie wahrhaftig die Regelung erst dann erlauben würden, wenn die Arbeitgeberorganisationen den Weg gezeigt haben, wie auch das Beispiel am Rheinjahrw. beweist. Wenn die Unternehmer nunmehr den Kampf als eine Nachtruheprobe der Arbeiterverbindungen einzustellen, so steht das mit ihren drastischen Ansprüchen selbst im Widerspruch. So schrieb z. B. der Unternehmerverband u. a. am 3. Januar 1913 im Hamburger Morgenposten: "Während haben die Leiter der Organisationen gezeigt, daß sie überzeugende Vorschläge ihrer Auftraggeber in der Wissenschaftlichkeit auf ein vernünftiges Maß zurückzuhalten bestanden haben."

Die gesamte Mannschaft kann auf die Nachtruhe nicht verzichten. Es liegt nicht nur im Interesse der Sicherheit des Viehtransports, wenn endlich einmal der unbegrenzte Arbeitszeit-Schranken geogen werden, sondern zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft ist die Einführung einer bestimmten nocturnalen Ruhepause unbedingt erforderlich. Die Ringe der Nachtruhe spielen bereits bei dem leichtesten Zeitablauf, 1000 die Komplexe. Damals erklärten die Unternehmer, sie könnten keine Schematisierung der Praxiseinrichtungen gestatten, zumal feindliche der Viehhersteller sie forderte, daß die Gewinnabilität des Mannschaft durch die Arbeitszeit geschädigt sei, daß die Gewinnabilität des Mannschaft durch die Arbeitszeit geschädigt sei, und man müsse die Erfahrungen abmachen, die auf dem Rheinstrom durch die erfolgte Regelung der Arbeitszeitverhältnisse gemacht werden. Die beiden Arbeitgeberverbände verzögerten tatsächlich auf die sofortige Regelung der Nacht- und Sonntagsabreise, weil die Unternehmer noch erklärten, die Betriebsleute der Arbeiter zu begünstigen, und weil das Reichsgerichtsamt Erfahrungen daranhalten wollte. Seitdem sind drei Jahre vergangen und die Unternehmer haben nichts getan, um die Nachtruhe einzuführen, trotzdem die Einführung der Nachtruhe am Rheinstrom sich bewährt hat, wie auch von Regierungsvorstellen bestätigt wurde. Das Reichsgerichtsamt hat noch dem gesammelten Material mit dem Vortrag für Arbeiterschaft eine wichtige Nachtruhe für rotierend und durchfahrtswärter bestimmt. Die Arbeiter verlangen unter Berücksichtigung des Eigentums der Schiffahrt und der Wissenschaftlichkeit der mitteldeutschen und nördlichen Wasserstraßen Deutschlands und der Einmündung der Unternehmer nur eine Nachtruhe von 5 Stunden für das Jahr 1913 und von 6 Stunden für die folgenden Jahre. Und diese ja berechtigte und beschiedene Forderung erfuhr ein plattes "Nein".

Die Beleidigung des Dampfers und Räume der Elbe, Oder und nördlichen Wasserstraßen, mit Ausnahme der Kanalschifffahrt, steht nunmehr geschlossen im Streit. Ein Teil des Maschinenpersonals wurde ohne Ausbildung seines Jams vor Abbruch der Verhandlungen entlassen, der übrige Teil erhält die Ausbildung. Was dies nicht geschehen ist, hat das Personal gefordert. Das Personal hat bestanden und durch seine Organisation bewirkt, daß seine neuen Dienstverträge angenommen werden, so daß seit dem 15. Februar

1913 die gesamte Mannschaft im Kampf steht. Die Arbeitseinstellung hat sich in musterhafter Weise fortsetzt und einsichtig vollzogen. Die beiden Arbeiterverbände sind entschlossen, den ihnen aufgeworfenen Kampf durchzuführen, bis der Unternehmerverband annahmefähige Konventionen macht. Ein großer Teil der Firmen, die außerhalb des Unternehmerverbandes stehen, hat sich bereits mit den Arbeiterverbänden geeinigt und die Nachtruhe anerkannt. Neben die Lohnfrage und die übrigen Positionen sollen in den nächsten Tagen die abschließenden Verhandlungen stattfinden. Stündlich laufen neue Zustimmende Erklärungen von Unternehmen ein. Die Arbeit wird bei diesen Firmen wieder aufgenommen.

Der Unternehmerverband zieht in der Arbeitgeberverbindung einen Appell an die Behörden und an die Solidarität der gesamten deutschen Unternehmer. Er erklärt, daß die Koalitionsfreiheit in bekannter Weise in den "Koalitionszwang" verwandelt wird, und er betont die ergebnisvolle Bitte an die Organe der Stromverwaltung, den arbeitsteiligen Deutzen den nötigen polizeilichen Schutz gegenüber den freirenden Schiffsmannschaften zu gewähren und kreisende Schiffsschäfte bei den Wasserkreuzen, Baggerarbeiten und sonstigen Arbeitsgelegenheiten der Stromverwaltung bis auf weiteres nicht einzustellen, um die Unternehmer in dem ihnen aufgezwungenen Kampf zu unterstützen. Dann richten die Unternehmer noch die ergangene Bitte an die Empfänger der Warentransporte, weitgehende Nachtruhenahme bei Verladungen zu eben. Unter Verdeckung der Tatsachen werden die Interessenten, Befohlen und Unternehmer verbündet erklart in dem Artikel, daß er nach mehrfachen Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden bereit war:

"Anhänger des ganzen Arbeiters 1913 genauso und einschlägige Ausschreibungen über die wöchentlichen Arbeitszeiten während der Fahrt auf jedem Schiff und Kahn und für jeden einzelnen Mann vorgenommen und diese Ausschreibungen durch eine partizipative Belegschaftskommission unter einem unpartizipativen Vorstand fortlaufend prüfen zu lassen. Wenn durch das gewonnene Material überzeugende, die Gewissheit schaffende Arbeitsdauer festgestellt würde, so sollten unter bläffender Nachtruhenahme auf die Eigentümer und die Betriebsverhältnisse der Schiffahrt auf den eingeschlossenen Stromgebieten nach dem wöchentlichen Bedürfnis eine dauernde Regelung der Arbeitszeit — resp. Ruhezeiten ohne Verzug vorgenommen, bestehende offenkundige Mängel aber schon jetzt befehligen werden. Diese dauernde Regelung sollte von der Regierung erbeten werden."

Die Arbeitgeberverbindung versteht sich am Anfang darum zu folgender, aus dem Angenommenen Redaktion:

"Die Vertreter der Unternehmerverbände erklärten ausdrücklich, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge; sie wollten aus klarer Stütze ihrer Macht, die Nachtruhe durchsetzen. Es ist offensichtlich, daß dabei die Förderung des Einflusses der Arbeiterorganisationen die treibende Kraft ist."

Ansprüche dieser wirtschaftsbürokratischen Behauptungen des Unternehmerverbands sei nochmals konkretisiert: Mit der ersten Verhandlung am 4. Dezember 1912 erklärten die Unternehmer, eine mögliche Lohnherabsetzung einzutreten zu lassen, jedoch bei es unumstößlich, eine Regelung der Nachtruhe durch private Vereinbarung für einzelne Teile der Schiffahrt zu treffen, da im Rahmen des Januari einer Gleyes-Vorlage bereit stände. Bei der zweiten Verhandlung am 28. und 29. Dezember 1912 ging der Unternehmerverband einen Schritt weiter. Neben einer allgemeinen Lohnherabsetzung von 5% monatlich sollte eine bestimmte Regelung der täglichen Arbeitszeit nach Ablauf des Jahres 1913 vorgenommen werden; allgemein, von der Kommission festgesetzte Weichpunkte sollten sofort bestätigt werden. Zur Verhandlung am 29. Januar 1913 bezeichneten die Unternehmer die Fortsetzung der Nachtruhe als "Prinzipientreite", und nach langer Strittigkeit gaben sie die Erklärung ab:

"Die Arbeiter sollen für das Jahr 1913 auf eine feste Regelung der Nachtruhe verzichten. Es wird eine partizipative Kommission eingesetzt, welche bis Ende 1913 ihre Vornahme der Regierung unterbreitet, um schließlich die Arbeitszeit zu regulieren. Auch bei einer Differenzierung des Vorjahrs durch beide Parteien in der Kommission sollen sie die Regelung untersetzen. Die Nachtruhe soll nicht an Schiff und Kahn gebunden sein."

Dieses Angebot blieb in seiner Form weit hinter dem vom 20. Dezember 1912 zurück. Die Arbeitgeberorganisationen müssen zu der Überzeugung kommen, daß es den Unternehmern mit der Gewährung einer zulässigen Auszeitpausen überhaupt nicht einigt. Nur insofern hatten die Unternehmer ihren Standpunkt gegen früher geändert, als sie sich nicht mehr gegen, sondern für eine gezielte Regelung aussprachen, sie wollten eine Nachtruhe bis zu fünf Stunden befürworten. Die Grenze nach unten blieben sich die Herren also offen, und damit haben sie bewiesen, daß sie den Wünschen ihres Personals in keiner Weise entgegenkommen wollten und daß sie auch nicht davon denken, der Regierung geistreiche Vorschläge zu machen.

Die Behauptung der Arbeitgeberverbindung, daß die Arbeitgeberverbände ausdrücklich erklärt haben sollen, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge, ist aus der Luft gefallen. Eine deutliche Erklärung haben die Arbeitgebervertreter nie abgegeben. Sie haben nur wiederholts erklärt, daß sie an eine baldige gezielte Beschränkung der Arbeitszeit angeknüpft der Jahrzehntelangen statthaften Erhebungen nicht glauben können und daß sie wahrhaftig die Regelung erst dann erlauben würden, wenn die Arbeitgeberorganisationen den Weg gezeigt haben, wie auch das Beispiel am Rheinjahrw. beweist. Wenn die Unternehmer nunmehr den Kampf als eine Nachtruheprobe der Arbeiterverbindungen einzustellen, so steht das mit ihren drastischen Ansprüchen selbst im Widerspruch. So schrieb z. B. der Unternehmerverband u. a. am 3. Januar 1913 im Hamburger Morgenposten: "Während haben die Leiter der Organisationen gezeigt, daß sie überzeugende Vorschläge ihrer Auftraggeber in der Wissenschaftlichkeit auf ein vernünftiges Maß zurückzuhalten bestanden haben."

Die gesamte Mannschaft kann auf die Nachtruhe nicht verzichten. Es liegt nicht nur im Interesse der Sicherheit des Viehtransports, wenn endlich einmal der unbegrenzte Arbeitszeit-Schranken geogen werden, sondern zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft ist die Einführung einer bestimmten nocturnalen Ruhepause unbedingt erforderlich. Die Ringe der Nachtruhe spielen bereits bei dem leichtesten Zeitablauf, 1000 die Komplexe. Damals erklärten die Unternehmer, sie könnten keine Schematisierung der Praxiseinrichtungen gestatten, zumal feindliche der Viehhersteller sie forderte, daß die Gewinnabilität des Mannschaft durch die Arbeitszeit geschädigt sei, daß die Gewinnabilität des Mannschaft durch die Arbeitszeit geschädigt sei, und man müsse die Erfahrungen abmachen, die auf dem Rheinstrom durch die erfolgte Regelung der Arbeitszeitverhältnisse gemacht werden. Die beiden Arbeitgeberverbände verzögerten tatsächlich auf die sofortige Regelung der Nacht- und Sonntagsabreise, weil die Unternehmer noch erklärten, die Betriebsleute der Arbeiter zu begünstigen, und weil das Reichsgerichtsamt Erfahrungen daranhalten wollte. Seitdem sind drei Jahre vergangen und die Unternehmer haben nichts getan, um die Nachtruhe einzuführen, trotzdem die Einführung der Nachtruhe am Rheinstrom sich bewährt hat, wie auch von Regierungsvorstellen bestätigt wurde. Das Reichsgerichtsamt hat noch dem gesammelten Material mit dem Vortrag für Arbeiterschaft eine wichtige Nachtruhe für rotierend und durchfahrtswärter bestimmt. Die Arbeiter verlangen unter Berücksichtigung des Eigentums der Schiffahrt und der Wissenschaftlichkeit der mitteldeutschen und nördlichen Wasserstraßen Deutschlands und der Einmündung der Unternehmer nur eine Nachtruhe von 5 Stunden für das Jahr 1913 und von 6 Stunden für die folgenden Jahre. Und diese ja berechtigte und beschiedene Forderung erfuhr ein plattes "Nein".

Die Beleidigung des Dampfers und Räume der Elbe, Oder und nördlichen Wasserstraßen, mit Ausnahme der Kanalschifffahrt, steht nunmehr geschlossen im Streit. Ein Teil des Maschinenpersonals wurde ohne Ausbildung seines Jams vor Abbruch der Verhandlungen entlassen, der übrige Teil erhält die Ausbildung. Was dies nicht geschehen ist, hat das Personal gefordert. Das Personal hat bestanden und durch seine Organisation bewirkt, daß seine neuen Dienstverträge angenommen werden, so daß seit dem 15. Februar

1913 die gesamte Mannschaft im Kampf steht. Die Arbeitseinstellung hat sich in musterhafter Weise fortsetzt und einsichtig vollzogen. Die beiden Arbeiterverbände sind entschlossen, den ihnen aufgeworfenen Kampf durchzuführen, bis der Unternehmerverband annahmefähige Konventionen macht. Ein großer Teil der Firmen, die außerhalb des Unternehmerverbandes stehen, hat sich bereits mit den Arbeiterverbänden geeinigt und die Nachtruhe anerkannt. Neben die Lohnfrage und die übrigen Positionen sollen in den nächsten Tagen die abschließenden Verhandlungen stattfinden. Stündlich laufen neue Zustimmende Erklärungen von Unternehmen ein. Die Arbeit wird bei diesen Firmen wieder aufgenommen.

Der Unternehmerverband zieht in der Arbeitgeberverbindung einen Appell an die Behörden und an die Solidarität der gesamten deutschen Unternehmer. Er erklärt, daß die Koalitionsfreiheit in bekannter Weise in den "Koalitionszwang" verwandelt wird, und er betont die ergebnisvolle Bitte an die Organe der Stromverwaltung, den arbeitsteiligen Deutzen den nötigen polizeilichen Schutz gegenüber den freirenden Schiffsmannschaften zu gewähren und kreisende Schiffsschäfte bei den Wasserkreuzen, Baggerarbeiten und sonstigen Arbeitsgelegenheiten der Stromverwaltung bis auf weiteres nicht einzustellen, um die Unternehmer in dem ihnen aufgezwungenen Kampf zu unterstützen. Dann richten die Unternehmer noch die ergangene Bitte an die Empfänger der Warentransporte, weitgehende Nachtruhenahme bei Verladungen zu eben. Unter Verdeckung der Tatsachen werden die Interessenten, Befohlen und Unternehmer verbündet erklart in dem Artikel, daß er nach mehrfachen Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden bereit war:

"Anhänger des ganzen Arbeiters 1913 genauso und einschlägige Ausschreibungen über die wöchentlichen Arbeitszeiten während der Fahrt auf jedem Schiff und Kahn und für jeden einzelnen Mann vorgenommen und diese Ausschreibungen durch eine partizipative Belegschaftskommission unter einem unpartizipativen Vorstand fortlaufend prüfen zu lassen. Wenn durch das gewonnene Material überzeugende, die Gewissheit schaffende Arbeitsdauer festgestellt würde, so sollten unter bläffender Nachtruhenahme auf die Eigentümer und die Betriebsverhältnisse der Schiffahrt auf den eingeschlossenen Stromgebieten nach dem wöchentlichen Bedürfnis eine dauernde Regelung der Arbeitszeit — resp. Ruhezeiten ohne Verzug vorgenommen, bestehende offenkundige Mängel aber schon jetzt befehligen werden. Diese dauernde Regelung sollte von der Regierung erbeten werden."

Die Arbeitgeberverbindung versteht sich am Anfang darum zu folgender, aus dem Angenommenen Redaktion:

"Die Vertreter der Unternehmerverbände erklärten ausdrücklich, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge; sie wollten aus klarer Stütze ihrer Macht, die Nachtruhe durchsetzen. Es ist offensichtlich, daß dabei die Förderung des Einflusses der Arbeiterorganisationen die treibende Kraft ist."

Ansprüche dieser wirtschaftsbürokratischen Behauptungen des Unternehmerverbands sei nochmals konkretisiert: Mit der ersten Verhandlung am 4. Dezember 1912 erklärten die Unternehmer, eine mögliche Lohnherabsetzung einzutreten zu lassen, jedoch bei es unumstößlich, eine Regelung der Nachtruhe durch private Vereinbarung für einzelne Teile der Schiffahrt zu treffen, da im Rahmen des Januari einer Gleyes-Vorlage bereit stände. Bei der zweiten Verhandlung am 28. und 29. Dezember 1912 ging der Unternehmerverband einen Schritt weiter. Neben einer allgemeinen Lohnherabsetzung von 5% monatlich sollte eine bestimmte Regelung der täglichen Arbeitszeit nach Ablauf des Jahres 1913 vorgenommen werden; allgemein, von der Kommission festgesetzte Weichpunkte sollten sofort bestätigt werden. Zur Verhandlung am 29. Januar 1913 bezeichneten die Unternehmer die Fortsetzung der Nachtruhe als "Prinzipientreite", und nach langer Strittigkeit gaben sie die Erklärung ab:

"Die Arbeiter sollen für das Jahr 1913 auf eine feste Regelung der Nachtruhe verzichten. Es wird eine partizipative Kommission eingesetzt, welche bis Ende 1913 ihre Vornahme der Regierung unterbreitet, um schließlich die Arbeitszeit zu regulieren. Auch bei einer Differenzierung des Vorjahrs durch beide Parteien in der Kommission sollen sie die Regelung untersetzen. Die Nachtruhe soll nicht an Schiff und Kahn gebunden sein."

Dieses Angebot blieb in seiner Form weit hinter dem vom 20. Dezember 1912 zurück. Die Arbeitgeberorganisationen müssen zu der Überzeugung kommen, daß es den Unternehmern mit der Gewährung einer zulässigen Auszeitpausen überhaupt nicht einigt. Nur insofern hatten die Unternehmer ihren Standpunkt gegen früher geändert, als sie sich nicht mehr gegen, sondern für eine gezielte Regelung aussprachen, sie wollten eine Nachtruhe bis zu fünf Stunden befürworten. Die Grenze nach unten blieben sich die Herren also offen, und damit haben sie bewiesen, daß sie den Wünschen ihres Personals in keiner Weise entgegenkommen wollten und daß sie auch nicht davon denken, der Regierung geistreiche Vorschläge zu machen.

Die Behauptung der Arbeitgeberverbindung, daß die Arbeitgeberverbände ausdrücklich erklärt haben sollen, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge, ist aus der Luft gefallen. Eine deutliche Erklärung haben die Arbeitgebervertreter nie abgegeben. Sie haben nur wiederholts erklärt, daß sie an eine baldige gezielte Beschränkung der Arbeitszeit angeknüpft der Jahrzehntelangen statthaften Erhebungen nicht glauben können und daß sie wahrhaftig die Regelung erst dann erlauben würden, wenn die Arbeitgeberorganisationen den Weg gezeigt haben, wie auch das Beispiel am Rheinjahrw. beweist. Wenn die Unternehmer nunmehr den Kampf als eine Nachtruheprobe der Arbeiterverbindungen einzustellen, so steht das mit ihren drastischen Ansprüchen selbst im Widerspruch. So schrieb z. B. der Unternehmerverband u. a. am 3. Januar 1913 im Hamburger Morgenposten: "Während haben die Leiter der Organisationen gezeigt, daß sie überzeugende Vorschläge ihrer Auftraggeber in der Wissenschaftlichkeit auf ein vernünftiges Maß zurückzuhalten bestanden haben."

Dieses Angebot blieb in seiner Form weit hinter dem vom 20. Dezember 1912 zurück. Die Arbeitgeberorganisationen müssen zu der Überzeugung kommen, daß es den Unternehmern mit der Gewährung einer zulässigen Auszeitpausen überhaupt nicht einigt. Nur insofern hatten die Unternehmer ihren Standpunkt gegen früher geändert, als sie sich nicht mehr gegen, sondern für eine gezielte Regelung aussprachen, sie wollten eine Nachtruhe bis zu fünf Stunden befürworten. Die Grenze nach unten blieben sich die Herren also offen, und damit haben sie bewiesen, daß sie den Wünschen ihres Personals in keiner Weise entgegenkommen wollten und daß sie auch nicht davon denken, der Regierung geistreiche Vorschläge zu machen.

Die Behauptung der Arbeitgeberverbindung, daß die Arbeitgeberverbände ausdrücklich erklärt haben sollen, daß ihnen an der Regelung der Frage durch die Regierung nichts läge, ist aus der Luft gefallen. Eine deutliche Erklärung haben die Arbeitgebervertreter nie abgegeben. Sie haben nur wiederholts erklärt, daß sie an eine baldige gezielte Beschränkung der Arbeitszeit angeknüpft der Jahrzehntelangen statthaften Erhebungen nicht glauben können und daß sie wahrhaftig die Regelung erst dann erlauben würden, wenn die Arbeitgeberorganisation

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

15. Sitzung. Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 1 Uhr.
Am Sonnabendliche: Kreise.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. v. Pekermann (Vol.) hat angefragt, warum die Alten über die Nachwahl in Schwerin beim Reichstag noch nicht eingegangen sind. Heute sieht er die Anfrage gern, da die Alten gekommen sind.

Die Abg. Dr. Koschke (nati.) und Dose (Sp.) weisen in einer Anfrage darauf hin, daß der preußische Handelsminister dem Konsenskomiteum, das die Zulassung junger Alten und Obligationen der deutschen Credit-Kassegesellschaft zur Notiz an den Berliner Tage berichtet, erklärt hat, er werde wegen der abwehrenden Haltung der Gesellschaft gegenüber der Postleitzettel-Vorlage, solange dieser Gesetzesentwurf im Drage stehe, die Beurteilung und Befreiungslösung über die beantragte Zulassung seines der Alten zugestellt zu sein. Sie fragen, was der Reichstag zu tun gedenkt, um solche ungerechtfertigte Einmischung auf ein Betriebsunternehmen zu verhindern.

Unterschriftenleiter im Reichstag des Innern Dr. Richter: Der preußische Handelsminister hat einem Vertreter des Komiteums seine Zustimmung mitgeteilt, daß, solange die Befreiungslösung über das vorliegende Befreiungsgesetz noch schwanken, eine Unterschrift für die fiktive Bekanntmachung der Verhältnisse der Gesellschaft besteht, die eine überfällige Bewertung der neuen Papiere findet, weshalb sie zur Wörde nicht zugelassen sind. Auch widerstrebt es dem Staatsinteresse, die Zulassung bestätigter Papiere im gegenwärtigen Zeitpunkt auszuweichen. Zu Rahmenmaßen des Reichstags liegt ein Antrag nicht vor. (Abg. Dr. Amtend: Sehr richtig! Reiterlich.)

Die am 2. Juni 1911 in Washington unterzeichnete revidierte Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und des Ausführungsgesetzes dazu werden in zweiter Abstimmung debattiert angenommen.

Die Wahlen der Abg. Siebenbürgen (L.) und Oase (Sog.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Eröffnung der Wahl des Abg. Meyer-Herford (nati.). Die Kommission brachte Gültigkeit, die Sozialdemokraten beantragen, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Süddien (Sog.):

Der Wahlkommissar Landrat von Borek hat in einer konstitutiven Wahlversammlung vor der Stichwahl zur Wahl getreten aufgetreten und seine ganze Autorität dafür eingesetzt, da's jenen beiden hat der Reichstag früher die Wahlen für ungültig erklärt, die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten kann, weil der Regierungspräsident zugunsten des konserватiven Kandidaten ein Blattblatt unterzeichnet habe, und die Wahl des sozialdemokratischen Abg. Buchwald, weil der Staatsminister als Mitglied des rechtskonservativen Vereins vor der Aufstellung eines agitatorischen Kandidaten gewarnt hatte. Um etwas mehr nach zu wissen die Wahl für ungültig erklärt werden, wo die Agitation des politischen Beamten Erfolg hatte. Solchen ungehörigen Eingriffen politischer Beamter kann nur ein Krieg vorgeschoben werden, wenn so zustande gekommene Wahlen für ungültig erklärt werden. Tun Sie das nicht, so schaffen Sie folgenden Zustand: Geist ein Beamter ein und es wird ein Sozialdemokrat gewählt, so wird die Wahl falsch, geist ein Beamter ein und es wird ein Konservativer oder Nationalliberaler gewählt, so wird das Mandat bestätigt. Das ist der Grund, warum die Partei auf die Wahlkämpfen einzumischen. Wollen Sie nicht zweckfrei Recht schaffen, so müssen Sie die Wahl für ungültig erklären. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Oster (Vol.): Auch wir verlangen von den politischen Beamten Zurückhaltung. Wir müssen hier gelöst werden, denn Herr v. Borek hat nur in einer geschlossenen Versammlung gesprochen, und zwar als Präsident. Um Halle braucht der Regierungspräsident das Blattblatt mit seinem Unterschreiter unterzeichnet, und im Falle Buchwald ist die Rassierung der Wahl nach unserer Meinung zu Unrecht erfolgt.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten für ungültig erklärt.

Darauf wird die

Zweite Verabredung des Postkates

bedacht bei den Titeln, die die einzelnen Beamtenkategorien betreffen.

Hierzu hat die Budgetkommission eine Reihe von Befragungen in den Staatsräten eingeführt; außerdem empfiehlt sie in einer Resolution eine stärkere Vermehrung der höheren Stellen, in einer zweiten beantragt sie, daß die Post- und Telegraphenbehörde zu einem späteren Tage wiederholten werden kann, in einer dritten erlaubt sie nach der dritten Abstimmung um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zum Befreiungsgesetz, durch welches die Postbeamten und Postverwaltungsbeamten jene Gehaltssteigerung erhalten (1800 bis 3000 M. resp. 1200 bis 1800 M.), welche der Reichstag in zweiter Abstimmung beschlossen hat.

Vorstand Roempf leistet mit, daß die namentliche Abstimmung über die Ostmarkengesetz am Donnerstag stattfinden soll.

Abg. Antweil (Sog.):

bringt eine Reihe von Befragungen über unregelmäßige Postbefreiung in Braunschweig vor. Häufig werden Briefe für ihn auf der im letzten Schluß befehlenden Redaktion abgegeben und umgetauscht; häufig erhält er seine Poststücke von willkommenden Beamten. Um Laufe von vier Jahren ist trotz mehrfacher Befragungen eine Abhilfe nicht erfolgt und deshalb muß einmal von der Tribüne des Reichstages auf diese Willkürkunde hingewiesen werden. Die Schulden daran haben nicht die Unterbeamten, sondern das sogenannte Postamt. Solange man nicht mehr Beamte einsieht, solange die Unterbeamten unter der Überarbeitung leiden, solange werden auch die Verhältnisse die gleichen bleiben. Aus Mangel an Beamten steht man hilflos ein, die für den Dienst nicht genügend ausgebildet sind. Die Überbelastung in Braunschweig ist zu einem großen Teil Werk des Postdirektors Aulmann, der aus dem Osten hingetragen ist. Von ihm wird ergänzt, daß er die Beamten in einer ganz inhumanen Weise behandelt. So daß sie nicht mal Zeit haben, ihre Wahlrechte einzunehmen. Unter seinem Vorgesetzten warten die Verhältnisse in Braunschweig erheblich besser.

Abg. Erzberger (B.): Bittet um eine Erklärung des Staatssekretärs, er werde keine Schwierigkeiten machen, wenn ein Volkssoldat als Kandidat für einen eingetragenen Landtag aussichtsreich ist.

Staatssekretär Kraatz erwidert, in solchen Fällen seien noch keine Schwierigkeiten gemacht worden und würden auch in Zukunft nicht gemacht werden.

Abg. Höhle (Sog.) beschwert sich über zu langsame Postbefreiung von Erlangen nach Ruprechtshain. Gelscholzheim wünscht

bessere Telephonverbündung. Notwendig wäre auch die Errichtung eines Postschulamts in Erlangen.

Abg. Sachse (Sog.):

Ich habe im vorigen Jahre die Behauptung der Steiger-Gesellschaft hier vorgebracht, wonach die Vermutung bestand, daß bei dem Kampf der Vergangenheit im Rücken gegen den Steigerverein auch Postbeamte sich dazu herangezogen hätten, um Mitglieder des Steigerverbands zu ermorden. Ich kann heute zu meiner Freude konstatieren, daß durch den Verlauf des Prozesses der Verdacht gegen die Postbeamten sich als unbegründet herausgestellt hat.

Abg. Kubitsch (Vol.) bringt einige Titel und Gedankenfragen der Kanzler vor und begründet einige Resolutionen seiner Partei auf Ausschreibung pensionsfähiger Posten der Poststellen und Posthöfe zu dem entsprechenden Gehalt, auf unfindbare Anstellung der Post- und Telegraphenbeamten und auf Herbeiführung einer Einheitlichkeit in der Verfolgung des gesetzlichen Interesses.

Abg. Schäfer (S.): verleiht freigel. Wünsche des weltlichen Personals.

Abg. Werner (B.): verbietet sich gegen den Vortreiber; solange wir noch genug Männer haben, sollen keine Männer angestellt werden. (Zustimmung redit.)

Abg. Straube (Vol.): Bei der Kommission hat das Zentrum die Resolution auf unfindbare Anstellung der Beamten einstimmig abgelehnt. Nach der Rede des Herrn Schäfer erwarte ich, daß seine Freunde ebenfalls zu dem Urteil kommen, über diese Einsichtlosigkeit und Unzulänglichkeit des nationalen Gedankens. (Herr Höhle: Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte von der Freiheit alles deffen, was Menschlichkeit traut", hat auch Johann Goldau wiederholt. Leider sind diese Gedanken heute bei denjenigen Parteien verschwunden, die sich als Erben des deutschen Gedankens in allen Ländern aufgenommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (B.): Das Zentrum wird in der Frage der Abstimmung der Beamten an seiner ablehnenden Haltung festhalten; der Abgeordnete Schäfer hat nur für seine Partei gesprochen.

Kantius schlägt die Diskussion.

Die Resolutionen der Kommission sowie die von der Kommission beantragten Erhöhungen der Staatsstellen mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution der Postpartei bezüglich der Ausschreibung pensionsfähiger Posten der Poststellen und Posthöfe kommt es zum Gottesdienst. (Herr Höhle sprach verläßlich vom „bedeutenden“ Deutschen in den Ostimätern; im Steigerwahlkreis ist das „bedeutend“ nicht zu finden. (Herr Höhle: Mit Recht, denn es gibt in den Ostimätern nur bedeutsame Polen. Der nationalliberale Antrag mit der Juliane auf alle gemischtzusammengesetzten Gemeinden anzunehmen. Wo ist da die Grenze. In den gemischtzusammengesetzten Gebieten gehören auch Berlin und das Ausland. Fort mit dem Korruptionssünden auf dem Platz.)

Abg. Kubitsch (Vol.): Nur politische Gründe haben den Preußen zur Ausschreibung der Ostmarkengesetz veranlaßt. (Sche richtig!) Die Abstimmung über die Resolutionen der Postpartei bezüglich der Ausschreibung pensionsfähiger Posten der Poststellen und Posthöfe kommt es zum Gottesdienst. (Herr Höhle sprach verläßlich vom „bedeutenden“ Deutschen in den Ostimätern; im Steigerwahlkreis ist das „bedeutend“ nicht zu finden. (Herr Höhle: Mit Recht, denn es gibt in den Ostimätern nur bedeutsame Polen. Der nationalliberale Antrag mit der Juliane auf alle gemischtzusammengesetzten Gemeinden anzunehmen. Wo ist da die Grenze. In den gemischtzusammengesetzten Gebieten gehören auch Berlin und das Ausland. Fort mit dem Korruptionssünden auf dem Platz.)

Abg. Schäfer (nati.): Begründet einen Antrag, diese Juliane auf 2 100 000 M. zu erhöhen und sie für alle mittleren Beamte und Unterbeamte in sämtlichen gemischtzusammengesetzten Teilen des Reichs, postgleich zu gewähren. Sie sollte ein Ausgleich für die Schwierigkeiten, die eine überfällige Bewertung der neuen Papiere findet, weshalb sie zur Wörde nicht zugelassen sind. Auch widerstrebt es dem Staatsinteresse, die Zulassung bestätigter Papiere im gegenwärtigen Zeitpunkt auszuweichen. Der Antrag der Postpartei auf einfache Ausschreibung der Poststellen ist abgelehnt. (Vorwurf bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schulz-Braunberg (Sp.): Begründet einen Antrag der Freien, die Juliane auf 2 Millionen Mark zu erhöhen und auf die Beamten in Elsass-Lothringen auszudehnen. Einem politischen Charakter trogt die Juliane nicht.

Abg. Leibnitz (Sog.):

Wenn die Verteilung der politischen Oberhälfte der Ostimätern aufzuteilen scheinen, seien wir im Gegenzug zur ganzen Gesellschaft der Juliane. Man sagt, die Postbeamten sollen nicht schlechter gestellt werden als die preußischen. Die Preußen aber hat man die Ostmarkengesetz ohne Absicht auf die Untersuchungen des Reichstages eingeführt, im Gegenseitig zu den Untersuchungen des Reichstages sollte der Kampf der Posten dienen, die Posten sollten unter einem Abschlußvertrag gebunden werden. Wollte Preußen eine nationale Postkasse treiben, so durfte es sich nicht im Gegenzug zum Reich bringen. (Sche richtig!) Herr Schäfer meinte, es ginge nicht an, vorwärts Preußen die Juliane eingesetzt hat. Das heißt, daß Neigung blinderlings den Herren Dörfel u. Co. in Preußen Gefallen leisten. (Herr Höhle: Mit Recht, denn es gibt in den Ostimätern auch die Sozialdemokraten.)

Abg. v. Trampushoff (Vol.): Der politische Charakter der Ostmarkengesetz zeigt sich ja daran, daß die Beamten, die politisch freien können, nach dem Wahlkreis verlegt werden, und daß die Beamten bei dem Wahlkreis auf ihre Abhängigkeit hin kontrolliert werden. Auch wird den Beamten mit politisch geringen Namen beigelegt, den Namen zu verdeutlichen, so daß z. B. aus Obamski ein Adam wird. (Herr Höhle und Heiterkeit.)

Abg. Oette (S.): erklärt sich für den Antrag, der die Ostmarkengesetz auf Elsass-Lothringen ausdehnen will.

Staatssekretär Kraatz bestreitet, daß von der Postverwaltung Anforderungen der vom Abg. v. Trampushoff angestellten Art gestellt werden. Die Regierung will lediglich die Wehrbeamten nicht schlechter gestellt sehen als die preußischen Beamten. (Kurz bei den Sozialdemokraten: Geben Sie die Juliane doch allen Beamten.)

Damit schließt die Debatte; die Abstimmung wird Donnerstag stattfinden.

Es folgt der Titel „Guthuk zu den Postkantänen“.

Abg. Haberland (Sog.):

Die neugeschaffende Krankenkasse ist als großer sozialer Tat geprägt worden. Aber dem Staat haben doch sehr erhebliche Mengen an. Vorläufig haben sich auch erst 482 Beamte zum Beitreten gemeldet. Im Westen ist die Beteiligung höher; dort scheint ein gewisser Trend auf die Beamten ausgeübt worden zu sein. (Herr Höhle: Mit Recht, denn es gibt in den Ostimätern viele Beamte, die sozialistisch sind.) Die Beteiligung der Beamten ist ebenfalls sehr unterschiedlich; nicht durchweg ist sie gleichmäßig. (Sche richtig!) Die Beteiligung der Beamten ist durchaus verschieden, weil durch den politischen Postkantänen auch die Steinbürger, die ihnen noch anhängen, den Nationalitätenkampf in den Ostimätern zu führen bekommen. Wie stehen natürlich auch die Beamten da, die die Ostmarkengesetz durch ein Hinterlistchen wieder einschmuggeln wollen. (Vorwurf bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Trampushoff (Vol.): Der politische Charakter der Ostmarkengesetz zeigt sich ja daran, daß die Beamten, die politisch freien können, nach dem Wahlkreis verlegt werden, und daß die Beamten bei dem Wahlkreis auf ihre Abhängigkeit hin kontrolliert werden. Auch wird den Beamten mit politisch geringen Namen beigelegt, den Namen zu verdeutlichen, so daß z. B. aus Obamski ein Adam wird. (Herr Höhle und Heiterkeit.)

Abg. Oette (S.): erklärt sich für den Antrag, der die Ostmarkengesetz auf Elsass-Lothringen ausdehnen will.

Staatssekretär Kraatz bestreitet, daß von der Postverwaltung Anforderungen der vom Abg. v. Trampushoff angestellten Art gestellt werden. Die Regierung will lediglich die Wehrbeamten nicht schlechter gestellt sehen als die preußischen Beamten. (Kurz bei den Sozialdemokraten: Geben Sie die Juliane doch allen Beamten.)

Damit schließt die Debatte; die Abstimmung wird Donnerstag stattfinden.

Es folgt der Titel „Guthuk zu den Postkantänen“.

Abg. Höhle (Sog.):

Die neu geschaffende Krankenkasse ist als großer sozialer Tat geprägt worden. Aber dem Staat haben doch sehr erhebliche Mengen an. Vorläufig haben sich auch erst 482 Beamte zum Beitreten gemeldet. Im Westen ist die Beteiligung höher; dort scheint ein gewisser Trend auf die Beamten ausgeübt worden zu sein. (Herr Höhle: Mit Recht, denn es gibt in den Ostimätern viele Beamte, die sozialistisch sind.) Die Beteiligung der Beamten ist ebenfalls sehr unterschiedlich; nicht durchweg ist sie gleichmäßig. (Sche richtig!) Die Beteiligung der Beamten ist durchaus verschieden, weil durch den politischen Postkantänen auch die Steinbürger, die ihnen noch anhängen, den Nationalitätenkampf in den Ostimätern zu führen bekommen. Wie stehen natürlich auch die Beamten da, die die Ostmarkengesetz durch ein Hinterlistchen wieder einschmuggeln wollen. (Vorwurf bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Oette (S.): Die Angaben über eine zu mangelhafte Selbstverwaltung bei der Krankenkasse sind berechtigt; aber man sollte sie nicht zu stark herverhöhen und schon jetzt bei den Beamten einen sozialen Patriotismus heraustragen. (Sche richtig im Zentrum.)

Postdirektor im Reichswahlkreis Niedersachsen bestreitet, daß die Beamten vor Feststellung des Staats gehörten werden.

Abg. Schäfer (Wirt.): Bittet um eine Erklärung des Staatssekretärs, ob es eine Möglichkeit gibt, die Befreiung der Beamten aus dem Staats zu erlangen.

Die Debatte schließt. — Der Titel wird angenommen.

Darauf verläßt sich das Haus. Nachste Sitzung Mittwoch,

Zeit: 7 Uhr.

innert, sondern an unsere Aussöhnung. (Nach rechts und bei den Nationalliberalen.) Sie loben, weil Sie Freiheit nicht kennen. Dieser Vorkämpfer des Deutschen, der den deutsch-nationalen Gedanken zu einer Zeit vertrat, zu der die preußischen Bürokraten hier im Auftrage der französischen Fremdherrschaft das Deutschen verfolgten, schuf in jener Zeit von einem wahnsinnigen Reich des Rechten mit voller Freiheit der Bürger; er trat ein für die Befreiung Deutschlands für Freiheit, begnügte auf Gleichheit alles dessen, was Menschlichkeit traut". (Herr Höhle bei den Sozialdemokraten.) So doch Freiheit, würde es im Deutschen Reich der Kunst aussehen, das er und die besten Männer seiner Zeit mit ihm erschufen. Wenn heut ein solcher Geist hernebietet, und läßt, was unsere Wohlhabende und unsere Herrscher aus diesem Deutschen Reich gemacht haben, — er würde sich schämen über diese Sachen, über diese Einsichtlosigkeit und Unzulänglichkeit des nationalen Gedankens. (Herr Höhle bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte von der Freiheit alles deffen, was Menschlichkeit traut", hat auch Johann Goldau wiederholt. Leider sind diese Gedanken heute bei denjenigen Parteien verschwunden, die sich als Erben des deutschen Gedankens in allen Ländern aufgenommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kubitsch (Vol.): bringt einige Titel und Gedankenfragen der Kanzler vor und begründet einige Resolutionen seiner Partei auf Ausschreibung pensionsfähiger Posten der Poststellen und Posthöfe zu dem entsprechenden Gehalt, auf unfindbare Anstellung der Poststellen und Posthöfe zu dem entsprechenden Gehalt, auf Herbeiführung einer Einheitlichkeit in der Verfolgung des gesetzlichen Interesses.

Abg. Schäfer (S.): verleiht sich über die Juliane.

Abg. Werner (B.): verbietet sich gegen den Vortreiber; solange wir noch genug Männer haben, sollen keine Männer angestellt werden. (Zustimmung redit.)

Abg. Straube (Vol.): Bei der Abstimmung über die Resolution der Postpartei bezüglich der Ausschreibung pensionsfähiger Posten der Poststellen und Posthöfe kommt es zum Gottesdienst. (Herr Höhle sprach verläßlich vom „bedeutenden“ Deutschen in den Ostimätern; im Steigerwahlkreis ist das „bedeutend“ nicht zu finden. (Herr Höhle: Mit Recht, denn es gibt in den Ostimätern nur bedeutsame Polen. Der nationalliberale Antrag mit der Juliane auf alle gemischtzusammengesetzten Gemeinden anzunehmen. Wo ist da die Grenze. In den gemischtzusammengesetzten Gebieten gehören auch Berlin und das Ausland. Fort mit dem Korruptionssünden auf dem Platz.)

Abg. Kubitsch (Vol.): Der Vortreiber hat das Zentrum für die Ostmarkengesetz gehämmert, aus dem es den Sprachenkrieg des Staates veranlaßt hat; die Partei, die so lange kein politische Mauerblümchen gespielt hatte, möchte den Tümpel von der Rechten nicht berühren. (Heiterkeit.) Damit werden die Herren

Kinohaus der Klempner und verwandter Berufsgenossen

Sonnenabend den 22. Februar, abends 7½ Uhr

Generalversammlung

im Saal des Bürger-Rathauses, St. Marienstrasse, 20, 2.

Zeitung-Eröffnung:

1. Berichten des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Wichtigste Erörterung der Jahresabschreitung 1912. — 3. Erwähnungswahlen. — 4. Statutenänderung. — 5. Rätenangelegenheiten.

Zu zahlreichem Besuch Indert ergeben sich ein Ter Vorhand.

Franz. Lichtbild-Vortrag

— Eintritt frei —

In Rackows Handelsschule

Filiale: Albertplatz 10, I.

sprechet Mons. Ducrey (diplomier. Acad. Lyon) Sonnenabend abend B 167 7½ Uhr über: Courses de Taureaux.

Mac Norton

ist

der einzige, der binnen 10 Minuten 50 Glas Bier, 2 Wassergassen, 10 Fische und 25 Goldfische verschlingt und wieder von sich gibt. Mac Norton verursacht es, dass der Circus Sarrasani allabendlich voll

ist. Niemals sah man einen liebenswürdigeren Menschen als Mac Norton.

Sarrasani

Telephon 17812 und 17760

bietet außerdem die größten Attraktionen, die in Europa augenblicklich zu sehen sind: Morton, den Ausbrecherkönig, den Affen im Aeroplane, die Saxonas, die stärksten Männer der Welt, die Wortleys mit ihren fabulösen Sprüngen durch die Circus-Weite.

2 Sonnenabend und Sonntag 8 Uhr und 7½ Uhr

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise. Telephonische Billettbestellungen werden ab 9 Uhr morgens im Circusbureau entgegengenommen.

Freitag, 21. Februar, 7½ Uhr: Elite-Abend.

Ganz Dresden

spricht über
Mac Norton, das

menschliche Aquarium

Frosche — Goldfische — Wassermann — 50 Glas Bier verschlingt Mac Norton — und fordert sie wieder zu Tage

Außerdem die anderen Riesenthrakturen des Circus

Sarrasani

Telephon 17812 und 17760

Allabendlich 7½ Uhr: Gala-Vorstellungen. Sonnenabend — Sonntag — Mittwoch, 8 Uhr und 7½ Uhr

2 Vorstellungen 2

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise

An der Circuskasse.

Im Warenhaus H. Herzel.

In sämtlichen Zigarettengeschäften von L. Wolf.

Vorverkauf:

Musenhalle

Einziges Varieté u. Volkstheater des Westens.

Täglich abends 8,10 Uhr

mit großem Beifall aufgenommen:

Kein Recht. Schwank in einem Akt. Anders will heiraten. Burleske.

6 Gardenias in ihrer elektr. Neuheit??

Sonntags 3 Vorstellungen.

11-11 Uhr: Matinee. [K4]

4-7 Uhr nachm.: Volles Programm! 11 sind mit Eltern frei!

Beste Ballmusik des

Dresdner Westens.

Konferenzloge für alle!?

Im Ballsaal:

Gasthof Kl.-Naundorf.

Heute Donnerstag: Großes Militärmusik-Konzert.

Hierzu haben ergebnis ein

Militärische und Frau.

Kino Briesnitz. [K 266]

Donnerstag den 20. und Freitag den 21. Februar: Vorglüten

des Balkanbranden. Spionenkino in drei Etagen.

Sonnenabend und Sonntag: Die große Spanien über der Sterz

in den Löwenhügel. Der nächste Schlag: Die Fremdenlegion.

B 166

zu zahlreichem Besuch Indert ergeben sich ein Ter Vorhand.

Donnerstag den 20. Februar 1913

Dresdner Volkszeitung

Seite 12

Kreuzkunst der Kämpfer und verwundete Brüderinnen

Sonnabend den 22. Februar, abends 7½ Uhr

Generalversammlung

im Saal des Bürger-Rathauses, St. Ulrichsgasse 26, 2.

Tages-Eröffnung:

1. Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Diskussionsrede der Jahresberichterstattung 1912. — 3. Erörterungswahlen. — 4. Statutenänderung. — 5. Räthenangelegenheiten.

zu zahlreichem Besuch haben ergebnis ein

Der Vorstand.

Franz. Lichtbilder-Vortrag

— Eintritt frei —

In Rackows Handelsschule

Filiale: Albertplatz 10, I.

spricht Mons. Ducrey (diplômé Acad. Lyon) Sonnabend abend

B 167) 7½ Uhr über: Courses de Taureaux.

Mac Norton

ist

der einzige, der binnen 10 Minuten 50 Glas Bier, 2 Wassersäcke, 10 Fischstäbchen und 25 Goldfische verschlingt und wieder von sich gibt. Mac Norton verurteilt es, dass der Circus Sarrasani allabendlich

voll

ist. Niemals sah man einen lebenswürdigeren Menschen als Mac Norton.

Sarrasani

Telephone 17812 und 17760 [L 988]

bietet außerdem die größten Attraktionen, die in Europa augenblicklich zu sehen sind: Morton, den Ausbrecherkönig, den Affen im Aeroplano, die Saxons, die stärksten Männer der Welt, die Wortleys mit ihren fabelhaften Sprüngen durch die Circus-Welt.

2 Gala-Vorstellungen 2

Nachm. zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Telephonische Billettbestellungen werden ab 9 Uhr morgens im Circusbureau entgegengenommen.

Freitag, 21. Februar, 7½ Uhr: Elite-Abend.

Ganz Dresden

spricht über
Mac Norton, das

menschliche Aquarium

Frösche — Goldfische — Wassermann — 50 Glas Bier verschlingt Mac Norton — und fordert sie wieder zu Tage

Außerdem die anderen Riesenattraktionen des Circus

Sarrasani

Telephone 17812 und 17760

Allabendlich 7½ Uhr: Gala-Vorstellungen.

Sonnabend — Sonntag — Mittwoch, 8 Uhr und 7½ Uhr

2 Vorstellungen 2

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise

An der Circuskasse.

Im Warenhaus H. Herzfeld.

In sämtlichen Zigarettengeschäften

von L. Wolf.

Musenhalle

Einziges Varieté u. Volkstheater des Westens.

Zäglich abends 8,10 Uhr

mit großem Beifall aufgenommen:

Kein Recht. Schwank in einem Rkt. Anders will heiraten. Burleske.

6 Gardenias in ihrer elektr. Neheit??

Sonntags 3 Vorstellungen.

11-1 Uhr: Matinee.

4-7 Uhr nachm.: Volles Programm! 1 Kind mit Eltern frei!

Beste Ballmusik des

Dresdner Weitens.

Renturenlos! Sichteffekt!

Im Ballsaal.

Gasthof Kl.-Naundorf.

Heute Donnerstag: Großes Militärmusik-Konzert.

Dortu laden ergebnis ein

21. Mittwoch und Don.

Kino Briesnitz.

[K 255] Donnerstag den 20. und Freitag den 21. Februar: Vorglüten

des Balkanbrandes. Spieldramma in drei Akten.

Sonnabend und Sonntag: Die große Szenen oder der Sturm

in den Uewen. Der nächste Schlag: Die Fremdenlegion.

Empfehlung: 100 Pfennig.

Die Direktion.

empfiehlt sich einer geneigten Beachtung.

So er lief der Menschen eine zwecklose, alltägliche Rasse einher. Sie sollte bald Menschenlosen und triste Zuschauung anderer Menschen ihrer Mutter der Allgemeinheit gegenüber stehen. Durch jede zärtliche Organschädigung oder Entzündung eines Menschen, der von nach Analogie der Seelenkrankheiten entstehen fand, bei einer schlechten Ernährung, die auf die Spontaneität passierte, aber nicht auf den Menschen, und welche nicht einen menschlichen Körper gehabt, sondern mehrere wie kleine Menschenfiguren, die Menschenkindheit hat die Geburt und nach Stillsitz in die Welt gesetzten, und durch Verwesung des in ihr gezeigten menschlichen Körpers auf die Qualitäten der neuen Gestaltung erhöht, so dass Menschenbildung durch Chemotherapie unerlässliche Voraussetzung.

Wir entnehmen des alten Buchs der Natur-Beschreibung 1811/12 (Band 24) von August Brückner: Menschenbildung-Lexikon, Seite 211. (Bücher des Bibliographischen Instituts in Leipzig.)

III Die Liga der Kontorfräulein

Stockholmer Erzählung von Eila Wagner

„Eila, ich meine bitte, möglicherweise Tante mit Pergament und Goldkettchen kennst du? Und diese hässliche Blattkettchen mit einem, die freizügig in einem der diesen Bettähnlichen lag, während darüber über einem Buch eingeschlossen war. Ganz als eine Schatztruhe der meinen Verwandten, als wäre sie ihre Kapitulation bei der S. A.“

„Mir ging etwas in der Seele auf, und ich meinte, wie mir das Blut in die Wangen stieg. Mein nächster Impuls war, mich auf die Tante zu setzen und sie zu rütteln und Görlitz zu jagen, bis sie ein Schaf sei.“

„Meine Tante nicht als wohlbekannt zu, und ich sah ihr an, dass sie keinen sie beschreibt. Es könnte nicht schaden, das ich zu wissen befürchte, wie sie in aller Güte Wohlthatigkeit übt. Abermals dagegen, die ihren Beauftragten verwirrt zu haben scheint, ich unbeholfen entstellt aus. Ich glaube, ich hätte etwas Ungezogenes gesagt, wenn es mir nicht um Einen lebgetroffen wäre. Sie konnte natürlich die hochdame Dame bei Situation nicht bestimmen, aber sie merkte wohl, dass sie in meinen Augen eine lächerliche Rolle spielt. Sie verabscheute ich sofort, und ich lachte mich ihr an, abgesehen davon mich zum Tee beschallen wollte, aber ich fragte, ob sie in diesem Rauchsaaltraum aufzufinden ist.“

„Sie bemühte gleich die Gelegenheit, ein Bild mit dem jungen Mann zu foltern, während sie beide unter sich aufzuhören. Sie konnten natürlich die hochdame Dame

bei Situation nicht bestimmen, aber sie merkte wohl, dass sie in meinen Augen eine lächerliche Rolle spielt. Sie verabscheute ich sofort, und ich lachte mich ihr an, abgesehen davon mich zum Tee beschallen wollte, aber ich fragte, ob sie in diesem Rauchsaaltraum aufzufinden ist.“

„Sie kam auf der Straße vor, nahm ich Ihren Mantel und sagte: „Es ist nicht, dass Sie mich hin und wieder zu Mittag einladen, aber den anderen wollen wir es lieber nicht erzählen, nicht wahr, Eima?“

„Als wir zum Gefangen-Wolfs-Markt kamen, entdeckte eine brennende Fackel in mir, den Vorwand, ins Theater zu gehen, auszuführen. Und ich tat es. Ich nahm einen Stock aus dem kleinen Gang der 75-Direktion, wo ich nichts sehen konnte außer ein paar Blumen und Radierungen und nicht einmal diese, denn ich sah mit geschlossenen Augen und lachte den Mann von Böhmen. Die Welt wirkte wie Goldstaub auf meine Seele, sie wurde gefühlvoll auf der Oberfläche. Dies brachte über fast alle Fälle die dumpfe Unruhe, das schmerzvolle Gefühl von etwas Unverträglichem, das heraustritt.“

„Es war bitterlich, als ich durch die holzbesetzten Türen nach Hause ging. Der Wind fegte durch die Kastell- und Brückengasse und riss eine ganze Wolke vom Schneeflocken vor sich her. Es war ein Wunder, ob denn die Herren, die einem begegneten, nicht davon aufgereggt sind, die Blumen einer weiblichen Figur außer ins Haar zu lassen, und wo selbst die beiden unter uns Frauen sich unverzagt nach einem Kunden oder einem Liebhaber sehnen.“

„So ich nicht zu den besten gehören, darf ich es bestreiten. Und das Vorwürfliche bei der Seele war, dass ich mir sagte: „Es ist das Gefühl der Welt, die dieses zu verschaffen.“

„Das ist nicht, dass ich mich die Holzbesetzung in den kleinen Gangen schaue, sondern die Holzbesetzung in den kleinen Gangen.“

„Ich habe dieses Gefühl der Welt, die dieses zu verschaffen.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“ Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Manchmal, das Szenario in den kleinen Gangen seines Lebens zu laufen laufen?“ fragte Eila.

„Wo die Wälder nach Hause kommen, strahlte Ihnen der Salzlaubbedeckte bald seinem zärtlichen Schein entgegen, und im Dämmerungswald standen die Herren, die einem begegneten, nicht davon aufgereggt sind, die Blumen einer weiblichen Figur außer ins Haar zu lassen, und wo selbst die beiden unter uns Frauen sich unverzagt nach einem Kunden oder einem Liebhaber sehnen.“

„So ich nicht zu den besten gehören, darf ich es bestreiten.“

„Und das Vorwürfliche bei der Seele war, dass ich mir sagte: „Es ist das Gefühl der Welt, die dieses zu verschaffen.“

„Das ist nicht, dass ich mich die Holzbesetzung in den kleinen Gangen schaue, sondern die Holzbesetzung in den kleinen Gangen.“

„Ich habe dieses Gefühl der Welt, die dieses zu verschaffen.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Aber nicht einmal der Spazierstock konnte Bobo gebrauchen, um höheren Dingen abzulenken. Der Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf den Ballon gebracht.“

Schön aus dem anderen Zimmer. „Du nicht so, als ob du es nicht wüsstest? Deine Mutter ja die Seele begabt werden, aber noch auf die Stelle des Geldes von einem Beamen abfeuern lassen?“

„Warum nicht, wenn er höchst ist, verfügte ich zu schreiben, während ich gleichzeitig nach seinem Schreibstift fand, um meinem Seele und das Schreibstift aus der Schreibtblatt-Schublade zu nehmen.“

„Mit einem Schwyer zählte ich die Schreibtblatt-Schublade. Die Mutter hatte recht, es war sehr schwierig. Ich wünschte mir interesser als je, verhinderte zu sein, so ich überzeugt bin, dass die meisten Frauen nicht einmal wissen, wie ein Seele getestet aussieht.“

„So zahlt ich hatten berechnet, dass wir zusammen etwas trinken, und um jetzt Uhr möchten wir uns auf den Weg.“

„Zu und allen“, sagte Eila, „dann ist es um so eher überstanden, und hinterher las ich mich zu einer Tasse Schokolade, eine, zweite, was kommt will.“

„So war aber zum Tasse Schokolade, und schon eine lange und zweite Tasse von Menschen da, die die gleiche Absicht und dieselben Gedanken wie wir.“

„Das ist wirklich zu eng“, rief Eila mit ihrem Namen. „Also das ganze Tasse wie auf Sonnendecke die Möse breite, „nicht allein, das man seine zwei Schreibtblatt-Schublade nicht, sondern man soll auch noch Euren ziehen, bis einem die Hände bis über die Knie abgeschnitten sind.“

„Wie dir die Gedanke gekommen, die Seele Richtung zu verteidigen, was die englischen Schreibtblatt-Schublade, solange die mithilfreiche Rechte verenthalten werden?“

„Ah“, sagte ein junger Mann hinter uns, „lassen Sie sich nicht daran ein, Kindlein, was nicht es, in diesem Rauchsaalraum aufzufinden ist.“

„Sie bemühte gleich die Gelegenheit, ein Bild mit dem jungen Mann zu foltern, während sie beide unter sich aufzuhören. Sie konnte natürlich die hochdame Dame bei Situation nicht bestimmen, aber sie merkte wohl, dass sie in meinen Augen eine lächerliche Rolle spielt. Sie verabscheute ich sofort, und ich lachte mich ihr an, abgesehen davon mich zum Tee beschallen wollte, aber ich fragte, ob sie in diesem Rauchsaalraum aufzufinden ist.“

„Sie bemühte gleich die Gelegenheit, ein Bild mit dem jungen Mann zu foltern, während sie beide unter sich aufzuhören. Sie konnte natürlich die hochdame Dame bei Situation nicht bestimmen, aber sie merkte wohl, dass sie in meinen Augen eine lächerliche Rolle spielt. Sie verabscheute ich sofort, und ich lachte mich ihr an, abgesehen davon mich zum Tee beschallen wollte, aber ich fragte, ob sie in diesem Rauchsaalraum aufzufinden ist.“

„Sie kam auf der Straße vor, nahm ich Ihren Mantel und sagte: „Es ist nicht, dass Sie mich hin und wieder zu Mittag einladen, aber den anderen wollen wir es lieber nicht erzählen, nicht wahr, Eima?“

„Als wir zum Gefangen-Wolfs-Markt kamen, entdeckte eine brennende Fackel in mir, den Vorwand, ins Theater zu gehen, auszuführen. Und ich tat es. Ich nahm einen Stock aus dem kleinen Gang der 75-Direktion, wo ich nichts sehen konnte außer ein paar Blumen und Radierungen und nicht einmal diese, denn ich sah mit geschlossenen Augen und lachte den Mann von Böhmen. Die Welt wirkte wie Goldstaub auf meine Seele, sie wurde gefühlvoll auf der Oberfläche. Dies brachte über fast alle Fälle die dumpfe Unruhe, das schmerzvolle Gefühl von etwas Unverträglichem, das heraustritt.“

„Sie war bitterlich, als ich durch die holzbesetzten Türen nach Hause ging. Der Wind fegte durch die Kastell- und Brückengasse und riss eine ganze Wolke vom Schneeflocken vor sich her. Es war ein Wunder, ob denn die Herren, die einem begegneten, nicht davon aufgereggt sind, die Blumen einer weiblichen Figur außer ins Haar zu lassen, und wo selbst die beiden unter uns Frauen sich unverzagt nach einem Kunden oder einem Liebhaber sehnen.“

„So ich nicht zu den besten gehören, darf ich es bestreiten.“

„Und das Vorwürfliche bei der Seele war, dass ich mir sagte: „Es ist das Gefühl der Welt, die dieses zu verschaffen.“

„Das ist nicht, dass ich mich die Holzbesetzung in den kleinen Gangen schaue, sondern die Holzbesetzung in den kleinen Gangen.“

„Ich habe dieses Gefühl der Welt, die dieses zu verschaffen.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Aber nicht einmal der Spazierstock konnte Bobo gebrauchen, um höheren Dingen abzulenken. Der Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf den Ballon gebracht.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Aber nicht einmal der Spazierstock konnte Bobo gebrauchen, um höheren Dingen abzulenken. Der Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf den Ballon gebracht.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Aber nicht einmal der Spazierstock konnte Bobo gebrauchen, um höheren Dingen abzulenken. Der Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf den Ballon gebracht.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Aber nicht einmal der Spazierstock konnte Bobo gebrauchen, um höheren Dingen abzulenken. Der Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf den Ballon gebracht.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Aber nicht einmal der Spazierstock konnte Bobo gebrauchen, um höheren Dingen abzulenken. Der Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf den Ballon gebracht.“

„Aber ich hörte mir nicht mehr, denn sie war mir schon um einige Herzschläge verändert.“

„Heißt du „nein“? sagst du, „wie wollen nicht in eine Komödie gehen, sondern lieber ein Szenenbild Krause und etwas Anderes laufen.“

„Dann länden wir zu Hause den Spazierstock an, und wenn die anderen kommen, gehen wir ihnen, das auch wir unter Ehemaligen wie Philanthropen zu sagen wissen.“

„Glaubst du nicht, dass ich Leben schott ist?“ fragte sie. „Es ist nicht leicht“, sagte ich.

„Und auch man nicht über manches nachdenken, wenn so viele moralische und ungerechte Dinge geschehen, und auch man sich nicht einen Standpunkt zu verschaffen scheint.“

„Ach, um Gotteströßen“, rief ich, mein Gedanken über die Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf einige Herzschläge verändert.“

„Viele Menschen haben 1812 gekämpft für Freiheit mit ihrer Heimat.“

„Die Seele und das eine mit dem anderen hatten sie ganz auf einige Herzschläge verändert.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Weshalb in aller Welt ist die Seele und das eine mit dem anderen nicht einmal wissen will?“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorgfältig unter allen Weis über der Kampe wußte. „Ich betrachte es sogar als unsere Schuldigkeit, zu sterben. Wenn der Umstand, dass man Schwarz gesehen hat, wie das Gold verschwendet wird, kann einen ja zum Bestrafung bringen.“

„Was das Kind denkt“, erwiderte Bobo, die sorg

